Nr. 14 / 1. Jahrgang
Verlagsort: Berlin

Freitag, 1. Oktober 1937
כ"ו תשרי תרצ"ח

Das Jüdische Volk

Abonnements- und Anzeigen-Verwaltung: Berlin SW 68, Lindenstr. 69. Fernspr.: 17 58 51; Bankkonto: Kreditverein für Handel und Gewerbe, Berlin C 2, Oranienburger Str. 3, Postscheckkto.: Berlin 125 106, beides unter „L. Stock". Geschäftszeit: Werktägl. auß. Sonnabends 8½—5 Uhr. Verlag: Das Jüdische Volk, Verlagsges. m. b. H., Berlin SW 68, Schützenstraße 13, Fernsprecher 17 70 51; dortselbst auch die Redaktion, Sprechstunden Montag bis Mittwoch von 11 bis 1 Uhr.

Erscheint jeden Freitag als Organ der Staatszionistischen Organisation. Einzelpreis 20 Pf., durch die Post per Streifband 10 Pf. mehr. Postabonnementspreis: Inland 74 Pf. monatl. einschl. 4 Pf. Zeitungsgebühr zuzügl. 6 Pf. Bestellgeld, Ausland — soweit postalisch zugelassen: RM. 1.70 pro Vierteljahr zuzügl. Bestellgeld. — Streifbandbezugspreis für 3 Monate: Inland RM. 3,30, Ausland RM. 3.—. Anzeigenpreis: 15 Pf. die 12gesp. Millimeter-Zeile. Rabatte usw. laut Tarif. Anzeigenschluß: Donnerstag 10 Uhr

Letztes Telegramm

Unruhen im Gefängnis von Akko

Jerusalem. (JTA.) Wie aus Akko gemeldet wird, ist es in dem dortigen Gefängnis zu Unruhen gekommen, die von 150 arabischen Häftlingen hervorgerufen worden sind. Die Gefangenen sind in den Hungerstreik getreten, weil sie, wie sie behaupten, rechtswidrig festgehalten werden.

Einer Meldung des „Dawar" zufolge sind bei den Unruhen im Gefängnis von Akko drei Gefangene verwundet und ins Krankenhaus gebracht worden.

Die Aufgabe des Zionismus ist: Das Volk Israel und sein Land zu erlösen, seinen Staat und seine Sprache wiederzubeleben und die Heiligtümer der Tora im Leben der Nation zu verwurzeln

Der Mord in Galiläa

Distrikts-Kommissar Andrews erschossen / Zwei Todesopfer

Jerusalem (JTA.). Der Distriktskommissar in Nordgaliläa, Andrews, ist am Sonntagabend einem Anschlag arabischer Terroristen zum Opfer gefallen. Die tödlichen Schüsse fielen, als Andrews in Begleitung des ihm zu seiner persönlichen Bewachung beigegebenen britischen Polizisten, Peter Robertson, McEwan und des stellvertretenden Distriktskommissars für Haifa, Pirie Gordon, die anglikanische Kirche in Nazaret verließ. Andrews hatte bemerkt, wie die Angreifer auf ihn zielten und konnte noch Gordon warnen, der sich niederwarf und so dem Tode entging. Andrews selbst aber wurde durch mehrere Schüsse an Kopf, Brust und Unterleib so schwer verwundet, daß er sofort starb. Sein Leibwächter McEwan wurde an Schulter und Brust verwundet und erlag eine halbe Stunde später im Krankenhaus seinen Verletzungen. Ueber Nazaret wurde sofort der Ausnahmezustand verhängt.

Der Angriff ist angeblich von drei Männern verübt worden, von denen zwei den Tarbusch trugen, während einer wie ein Fellache gekleidet war. Es ist bisher nicht gelungen, der Täter habhaft zu werden. Man glaubt, daß der Führer der Terroristen eine unter dem Namen „der Wolf" bekannte geheimnisvolle Persönlichkeit ist, die als die rechte Hand des Rebellenführers Fauzi el Kaukji gilt.

Distriktskommissar Andrews war 41 Jahre alt. Er war aus Australien gebürtig. Nachdem er früher als Spezialkommissar in Tiberias tätig war, ist er bei der vor kurzem neu getroffenen Einteilung der Verwaltungsbezirke zum Leiter des obergaliläischen Distrikts ernannt worden.

Der Mord in Nazaret folgt unmittelbar der Ermordung eines galiläischen Grundbesitzers und eines Grundstücksvermittlers, die von den arabischen Extremisten fälschlich beschuldigt worden waren, Boden an Juden verkauft zu haben. Die Leichen des Distriktskommissars Andrews und des Polizisten McEwan wurden nach Jerusalem überführt und dort mit militärischen Ehren beigesetzt. In Nazaret und Umgebung wurden mit Hilfe von Spürhunden umfangreiche Nachforschungen nach den Mördern aufgenommen. Im Zusammenhang mit dem Attentat sind bisher 120 Personen festgenommen worden. Das Oberste Arabische Komitee hat eine Erklärung veröffentlicht, in der es die Morde an den britischen Beamten im Namen der gesamten arabischen Bevölkerung verurteilt. Man erwartet, daß zunächst ein Preis für die Ergreifung der Mörder ausgesetzt werden wird. Sollte sich diese Maßnahme nicht binnen kurzem als wirksam erweisen, dann dürfte eine hohe Kollektivstrafe — man spricht von 20 000 Pfund — der Stadt Nazaret auferlegt werden. Man glaubt, daß die Bevölkerung unter dem Druck einer solchen Strafbesteuerung und angesichts verstärkter Einsetzung von Polizei und Militär eher bereit sein wird, Angaben über die Täter zu machen, was sie jetzt offenbar aus Furcht vor Racheakten nicht wagt.

Der Nachfolger des ermordeten Distriktskommissars

Mit der Führung der Amtsgeschäfte des ermordeten Distriktskommissars Louis Andrews ist der Beamte der Palästinaregierung, D. G. Harris, betraut worden, der während des Aufenthaltes der Kgl. Kommission in Palästina an ihren Arbeiten teilgenommen hat. — Die Palästinaregierung hat unter dem Vorsitz des Chefsekretärs Battershill, der den High Commissioner während seiner Abwesenheit vertritt, eine Besprechung über außerordentliche dringende Maßnahmen zur Unterdrückung des Terrors in Palästina abgehalten. An der Konferenz nahmen auch der Oberkommandierende der britischen Truppen, Generalmajor Wavell, die Leiter der Polizei und des Criminal Investigation Department sowie der Gouverneur von Jerusalem, McLaren, teil. Später fand, nachdem der Chefsekretär telephonisch mit dem Colonial Office in London und mit High Commissioner Sir Arthur Wauchope konferiert hatte, eine Besprechung aller Distriktkommissare statt.

Zahlreiche Notabeln und mohammedanische Geistliche unter den Verhafteten

Die Nachforschungen nach den Mördern des Distriktskommissars Andrews werden mit größtem Eifer fortgesetzt, haben aber immer noch nicht zu einem greifbaren Ergebnis geführt. Die palästinensisch-transjordanische Grenze wird besonders scharf bewacht. Die Zahl der Verhafteten ist auf 200 gestiegen. Unter ihnen befinden sich viele Kadis und die Vorsitzenden der örtlichen sogenannten „arabischen Nationalkomitees" sowie viele bekannte Hetzagitatoren. Von der moslemitischen geistlichen Behörde wurde an Chefsekretär Battershill telegraphisch gegen die Verhaftung vieler mohammedanischer Geistlicher protestiert. In dem Telegramm heißt es, diese Verhaftungen trügen nicht dazu bei, die Verständigung zwischen Engländern und Arabern zu fördern. Die Festgenommenen gehören zum größten Teil der Mufti-Partei an.

Neu-Zionistische Weltpolitik

Von Advokat E. Kanner, Präsident der NZO. für Rumänien

Die politische Aktivität, welche die Neu-Zionistische Organisation seit dem Wiener Kongreß vom Jahre 1935 entwickelte, hat den Zionismus aus jener Sackgasse herausgerissen, in die er durch die alte Zionistische Organisation in völliger Verkennung der politischen Kräfte des jüdischen Volkes hineingeraten war.

Welch ein fundamentaler Unterschied zwischen der kleinlich-administrativen Politik der alten ZO., die sich letzten Endes in lokalen Demarches beim Colonial Office und bei der Palästinaverwaltung erschöpfte und auf der anderen Seite jenen von den politischen Notwendigkeiten diktierten diplomatischen Schritten der NZO., deren rastloser Arbeit es gelang, der zionistischen Bewegung einen neuen Aufschwung und damit jene Weltbedeutung wiederzugeben, die sie seit dem Ableben ihres großen Führers Theodor Herzl nicht mehr gehabt hatte.

Man bedenke, daß zur Zeit des Wiener Kongresses im Jahre 1935 die revisionistische Bewegung nicht mehr war als eine oppositionelle Gruppe der alten ZO., ohne nennenswerte Mittel und oft genug unverstanden von den breiten Massen des jüdischen Volkes, ja sogar abgelehnt von weiten Kreisen jener alten Zionisten, deren ursprüngliches Programm die NZO. auf ihr Panier geschrieben hatte.

Um wieviel bewundernswerter bleiben deshalb die mit ungeheuerem Willen und stärkstem Enthusiasmus erzielten Erfolge der NZO. auf politischem Gebiete, Ergebnisse wie sie die alte ZO. mit ihren unerschöpflichen Geldmitteln und ihrem großen Propagandaapparat nicht zustande gebracht hatte.

Die sogenannte „Bündnis"-Politik hat die NZO.-Bewegung in engem Kontakt mit den Regierungen Polens, Rumäniens, der Tschechoslowakei, der nordischen (Baltischen) Staaten und vieler, wichtiger Kreise des politischen England gebracht. Die hierdurch ermöglichte Zusammenarbeit hinsichtlich des Palästinaproblems mit Staaten, die eine große, jüdische Bevölkerung haben, oder an der Lösung der jüdischen Frage interessiert sind, ist eine Leistung der NZO., die nicht unterschätzt werden darf. Die NZO. hat damals zu Beginn der Arbeit gewissermaßen ein diplomatisches Korps improvisieren müssen, um den Kontakt mit den interessierten Regierungen herbeizuführen. Mit Genugtuung können wir heute feststellen, daß das diplomatische Korps der NZO. sich bei seiner Arbeit glänzend bewährt hat. Wenn man außerdem berücksichtigt, daß die eigentliche Arbeit erst im vorigen Jahre begann, so kann man mit den Ergebnissen der bisherigen politischen Arbeit der NZO. in dieser verhältnismäßig kurzen Frist durchaus zufrieden sein.

Einen großen Aufschwung gab der ganzen Arbeit Dr. von Weisl, der insbesondere in Rumänien Großes geleistet hat und die ganze Bündnispolitik mit Rumänien, Polen und den anderen Ländern der Kleinen Entente in hohem Maße förderte. Ein beträchtliches Stück Arbeit hat auch Dr. I. Schechtmann geleistet, zuerst in Polen und dann auf seiner bekannten Reise in die baltischen Staaten, von wo er wesentliche Zusicherungen seitens der Regierungen dieser Länder für die Zionistische Sache mitbrachte. Zu erwähnen bleibt noch die Tätigkeit des Herrn Ben Chorin, der den Nassi Jabotinsky auf seiner Südafrikareise begleitet hat und jetzt in Palästina einen großen Drive durchführt.

Hinzu kommt die politische Arbeit in London, vor der Königlichen Kommission und bei der Mandatskommission des Völkerbundsrates. Diese Tätigkeit wurde meist „hinter den Kulissen" geführt und kam nicht so zum Vorschein. Wer aber Einblicke in die hier geleistete Arbeit genommen hat und weiß, mit welch lächerlichen Mitteln sie oft durchgeführt werden mußte, wird sich der Bewunderung vor dieser Leistung des politischen Departements der NZO., dessen Leitung zur Zeit in Händen des klugen und besonnenen Dr. B. Akzin liegt, nicht verschließen können.

Zusammengefaßt kann man feststellen, daß diese politische Arbeit uns zu regelmäßigen Beziehungen mit den meisten Regierungen Europas geführt, uns eine Gruppe erstmals glänzend bewährter Diplomaten herangezogen und uns den Beweis für die Richtigkeit unserer politischen Konzeptionen im Hinblick auf jene neue Politik, die Bündnispolitik, gegeben hat.

Die nächsten Monate, die uns im Kampfe gegen das Teilungsprojekt finden werden, werden uns Gelegenheit geben, die Liste unserer Erfolge zu vergrößern und den großen Mächten der Welt zu zeigen, daß wir das politische Erbe Theodor Herzls übernommen haben und daß wir den Kampf ohne Kompromiß durchführen werden bis zum siegreichen Ende!

Genf und Judenstaat

In diesen Tagen spielte Palästina in den Genfer Völkerbundskreisen eine beträchtliche Rolle. Die großen Verwicklungen in den internationalen Beziehungen konnten das Interesse für die Entscheidung des Palästina-Problems nicht so sehr in den Hintergrund drängen, wie dies eigentlich den Größenverhältnissen entsprochen hätte. Sowohl im Plenum der Völkerbundsversammlung als in der politischen Kommission wurden Reden gehalten, an denen wir nicht vorübergehen können, weil sie auch gewisse Illusionen jüdischer Kreise auf ihren wahren Wert zurückzuführen geeignet sind.

Wenige Wochen ist es her, da ist die Tagung der Jewish Agency zu Ende gegangen. Sporenklirrend war Herr Felix Warburg nach Europa abgereist, um den Bruch mit den Zionisten zu vollziehen, die es wagten, an einen Judenstaat, und sei er noch so winzig und noch so fiktiv, zu denken. Erleichtert atmete man im Weizmann-Lager auf, als Warburg immerhin in Zürich eintraf; hatte man doch bis zum letzten Augenblick befürchtet, daß er gar nicht kommen, sondern in Paris bleiben und von dort aus den Scheidebrief schicken würde. Und dann kam alles wieder ganz einfach. Nachdem man sich ein bißchen gegenseitig Schrecken eingejagt hatte, fand man die „Einigungsformel" und beide Parteien gingen mit der Versicherung auseinander, die Einigkeit der Jewish Agency sei stärker als je aus diesen Kämpfen hervorgegangen.

Was hatte dieses „Wunder" vollbracht? War der Gegensatz zwischen Assimilanten und Nationaljuden, zwischen den hundertprozentigen Amerikanern und Engländern, die für sich nichts, sondern nur für ihre „unglücklichen verfolgten Glaubensgenossen" etwas wollen, und denen, für die der Judenstaat eine Frage ihrer eigenen Würde und Ehre ist, wirklich ausgeräumt? Nichts von alledem. Man hatte nur durch einen Kunstgriff die Austragung dieses Konflikts wieder einmal auf die lange Bank geschoben, indem man sich darauf einigte, zunächst einmal die Verständigung mit den Arabern zu versuchen. Die Verlegenheitslösung war allzu deutlich. Für Weizmann und seinen Kreis kam es in der Tat entscheidend darauf an, den Bruch mit der amerikanischen und englischen Assimilation möglichst hinauszuschieben, wobei er schließlich sich mit Warburg traf, denn dieser hatte ja durch die Verzögerung nichts zu verlieren, und nur Magnes war wohl der einzige, der in diesem Beschluß nicht eine Finte, sondern eine politische Entscheidung erblickte. So lächerlich auch seine unentwegten Liebeserklärungen an die arabische Adresse wirken, so sehr ist ihm zu glauben, daß er sie wirklich ernst nimmt. Unsere Nationalreligion ist ja bei ihm längst durch irgendeinen blutleeren Ethik-Snobismus ersetzt und sein Rechtsbewußtsein ist offenbar auf einem Auge blind, so daß er nur arabische Rechte sieht und für das Naturrecht unseres jüdischen Volkes schon lange keinen Blick mehr hat.

Und nun ist die schöne Kulisse schon wieder in der Versenkung verschwunden. Die von Magnes geführten, von ihm allerdings abgeleugneten Verhandlungen, haben mit einem eklatanten Mißerfolg geendet, und was von arabischer Seite in diesen Tagen der Weltöffentlichkeit vorgetragen wurde, war geeignet, alle Träume von der Verständigung mit den Arabern als lächerliche Hirngespinste zu entlarven. Zwei Außenminister arabischer Staaten griffen diesmal in die Palästina-Debatte ein, der ägyptische und der vom Irak. Der erstere entwickelte in immerhin maßvoller Form einige Thesen, die lediglich die Unvereinbarkeit des arabischen und des jüdischen Standpunktes beleuchteten, und deren einer wir Juden sogar zustimmen können, daß nämlich der von England vorgeschlagene Teilungsplan keine Lösung der Judenfrage bedeutet. Sein Kollege aus dem Irak aber wagte es, davon zu sprechen, daß man in den letzten Jahren 300 000 Ausländern die Möglichkeit gegeben habe, sich in Palästina festzusetzen. Das ist immerhin eine klare Stellungnahme. Die Araber wissen genau so gut wie wir, daß der Sinn des Mandats war, den Juden ein Land zuzusprechen, in das sie Kraft Rechts und nicht Kraft Duldung gehen könnten. Wenn daher jetzt, 20 Jahre nach dem Erlaß der Balfour-Deklaration, ein arabischer Minister die Juden, die in ihr nationales Heim gegangen sind, als Ausländer zu bezeichnen wagt, so zeigt dies deutlicher als vieles andere, welche rettungslose Narrheit darin liegt, an eine Lösung des Palästina-Problems durch eine jüdisch-arabische Verständigung zu glauben. Das jüdische Volk sollte sich aber endlich einmal verbitten, durch Reden à la Magnes und durch Beschlüsse à la Agency kompromittiert zu werden.

In der politischen Kommission erstand den Arabern ein unerwarteter Bundesgenosse in dem Vertreter von — Haiti, während der albanische Delegierte Frasceri, der vor dem Kriege türkischer Gouverneur in Jerusalem war, eine gerechte Lösung in einer Teilung des Landes in drei Kantone erblickte, von denen zwei unter jüdische Leitung kommen würden. Jerusalem und die heiligen Stätten wären als Freistaat unter die Obhut eines Völkerbundskommissars zu stellen. Dieser Vorschlag gewinnt dadurch besonderes Inter-

esse, daß in Genf angenommen wird, er entspräche den Wünschen des Vatikans und sei durch italienische Vermittlung dem albanischen Delegierten übermittelt worden.

Es besteht für denjenigen, der von der Verständigungsbereitschaft der Araber eine zutreffende Meinung hatte, kein Anlaß, von dem Gang der Entwicklung enttäuscht zu sein. Die monatelange politische Arbeit der Neu-Zionistischen Organisation hatte ihre Früchte getragen und die für ihre Politik interessierten Staaten haben mit aller Deutlichkeit sich gegen Lösungen gewandt, die dem jüdischen Einwanderungsbedürfnis nicht Rechnung tragen. Auf der anderen Seite dürfte das Wort von den „Ausländern" wohl dazu beitragen, den Juden zu zeigen, wie unangebracht die Politik des Winselns und Bettelns ist. Das jüdische Volk soll sich aber auch darüber klar sein, daß seine Sache nicht bloß mit Verhandlungen an Diplomatentischen, sei es in Genf oder anderswo, zu führen ist, sondern daß es sehr bald gezwungen sein dürfte, auf einem anderen Felde für sein Recht zu kämpfen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß weitgehende Vorbereitungen zum bewaffneten Aufstand in Palästina auch in der Stadt des Friedenspalastes getroffen werden. Die arabische Delegation ist in dieser Richtung außerordentlich tätig. Das jüdische Volk wird auf eine harte Probe gestellt werden. Daß es ihm an Mut und Entschlossenheit nicht fehlt, wissen wir. Wenn es von den Ereignissen nicht überrascht wird und seine Führung die nötige Entschlossenheit zeigt, dann wird es sich auch in dieser Krise behaupten, und kämpfen, wie ein Volk eben für sein Land zu kämpfen pflegt, und damit dem Herrn Außenminister vom Irak zeigen, daß mit impertinenten Bemerkungen die Lebensrechte unseres Volkes nicht aus der Welt geschafft werden können.

Behandelt wie Verbrecher

London, 27. September.

Unter der Ueberschrift: „Nicht verhörte Juden in Palästina. Behandelt wie Verbrecher", druckt der „Manchester Guardian" heute einen Brief an den Herausgeber ab und widmet ihm einen Leitartikel.

Der Brief ist gezeichnet „A. Abrahams, politischer Sekretär der Neuen Zionistischen Organisation", und der Schreiber weist am Anfang seines Briefes darauf hin, daß es nicht seine Absicht sei, an dieser Stelle die Ungerechtigkeit der palästinensischen Behörden zu diskutieren; worauf er die öffentliche Aufmerksamkeit aber lenken wolle, sei die Behandlung, der die kürzlich in Palästina verhafteten und ins Gefängnis gesetzten Mitglieder der Neuen Zionistischen Organisation unterworfen seien. Ihnen würden keine konkreten Handlungen vorgeworfen, und es sei auch nicht beabsichtigt, ihnen einen Prozeß zu machen. Die Verhaftung wurde vorgenommen auf Grund der „Verordnung zur Verhütung von Vergehen", die sagt, daß alle auf Grund ihrer Bestimmungen in Haft gesetzten Personen „in Verwahrung" zu halten seien. Die Absicht der Verordnung sei offensichtlich, daß die von ihr Betroffenen nicht in ein Gefängnis zu setzen seien, sondern in ein speziell errichtetes Konzentrationslager, in dem ihnen ein gewisses Maß von Bewegungsfreiheit und eine Behandlung zuteil werden sollten, die sich von der Behandlung abgeurteilter Verbrecher unterscheidet. Das sei auch der Fall in bezug auf die 1936 auf Grund dieser Verordnung verhafteten Araber gewesen, die in einem speziell in Sarafand errichteten Konzentrationslager gehalten worden seien, wo sie sich einer gewissen Bewegungsfreiheit und einer Behandlung erfreuten, die ihrer sozialen Stellung angemessen gewesen sei.

Ganz anders sei die Behandlung der vor kurzem verhafteten Mitglieder der NZO., die entgegen der Verordnung nicht in ein Konzentrationslager gebracht worden seien, sondern in das Zentralgefängnis von Akko. Sie haben dort keinerlei Bewegungsfreiheit und genießen nicht einmal die Annehmlichkeiten, auf die selbst Untersuchungsgefangene in England Anspruch haben, und die um so mehr auf Grund von Verwaltungsrecht Verhafteten zustehen, die sich keinerlei strafbaren Deliktes schuldig gemacht haben.

Der Brief führt dann eine Stelle aus einer vom Rechtsvertreter der Verhafteten an den Distriktskommissar von Jerusalem gerichteten Eingabe an, deren Zuverlässigkeit schon daraus folge, daß jede Uebertreibung sofort von offizieller Stelle richtiggestellt würde: „Es wird beantragt, daß die meinen Klienten zuteil werdende Behandlung radikal geändert wird. Ihre Zelle enthält keinerlei Schlafgelegenheit, und alle sind gezwungen, auf dem Fußboden zu schlafen; nicht einmal ein Kissen dürfen sie in der Zelle haben, so daß die Verwandten ihnen hierin nicht so helfen können, wie sie es in bezug auf Essen tun. Eine Toilette oder eine Waschgelegenheit befindet sich weder in der Zelle noch nahebei. Es ist unnötig, zu sagen, welche Härte diese Umstände für die Verhafteten bedeuten. Ueberdies werden die Verhafteten nicht nur zur Nacht, sondern den ganzen Tag über eingeschlossen gehalten, und auch hierin wie überführte abgeurteilte Schwerverbrecher behandelt. Unter den Verhafteten befinden sich zwei Männer in sehr schlechtem Gesundheitszustand. Der eine hat ein schweres Lungenleiden, und der andere leidet von einer im März dieses Jahres erhaltenen Wunde, aus der die arabische Kugel noch nicht entfernt ist."

Der Leitartikel des Blattes sagt u. a. folgendes: „Die Verordnung zur Verhütung von Vergehen befähigt die Regierung, ohne Prozeß jeden zu verhaften und in Verwahrung zu halten, der zu einer oder der anderen Zeit zu einem Aergernis werden kann (für die Regierung, selbstverständlich). Aber sie nimmt den von ihr Betroffenen nicht das Recht, als politische Gefangene behandelt zu werden. Großbritannien hält noch die zivilisierte Doktrin aufrecht, daß Männer und Frauen, deren einziges Vergehen in ihren Ansichten besteht, eine Behandlung verdienen, die sich von der vom Gesetz für Verbrecher vorgesehenen unterscheidet.

Während des arabischen Streiks im letzten Jahr ist es den verhafteten Arabern dank ihrer eigenen Anstrengungen und des Druckes der öffentlichen Meinung gelungen, sich in einem Konzentrationslager in Sarafand verhältnismäßig erträgliche Bedingungen zu sichern. Wenn, wie der Korrespondent heute durch Tatsachen belegt, die britischen Behörden in Palästina gewissen politischen Gefangenen die Rechte vorenthalten, die ihnen zukommen, so ist zu hoffen, daß es der öffentlichen Meinung gelingt, den politischen Gefangenen, die er repräsentiert, ihre Rechte zu sichern."

Für Verständigung mit den Minderheiten in Rumänien

Bukarest. Führer der Radikalen Bauernpartei Rumäniens gaben Erklärungen für eine Verständigung mit den Minderheiten und für einen Ausgleich der Spannungen zwischen Nichtjuden und Juden in Rumänien ab

Resolution zur Palästinafrage

Teilungsprinzip wird nicht erwähnt — Verhandlungsbericht der politischen Kommission

Genf (JTA.). Die politische Kommission des Völkerbundes hat den Bericht, den sie der Völkerbundsversammlung über die von ihr abgehaltene Palästinaberatung vorlegen will, und den Entwurf der Entschließung, die von der Völkerbundsversammlung zu dem Palästinaproblem gefaßt werden soll, angenommen.

In dem Bericht über die Palästinadebatte in der VI. Kommission wird einleitend gesagt, daß die Kommission dank dem Antrag des Vertreters Norwegens, das gesamte Material über Mandatsangelegenheiten zu behandeln, die Möglichkeit gehabt habe, das Palästinaproblem zu studieren. Die Mehrheit der Delegierten, die in den Sitzungen der VI. Kommission an der Debatte teilgenommen haben, hätten die Wichtigkeit und Kompliziertheit des Palästinaproblems, mit dem der Völkerbundsrat sich jetzt beschäftigt, hervorgehoben. Im Verlauf der Aussprache seien sehr bemerkenswerte Aeußerungen nicht nur über die politischen, juristischen und humanitären Aspekte des Palästinaproblems, sondern auch über die Lage der jüdischen Bevölkerung in vielen Ländern Europas, die einen wichtigen Faktor bei dem Studium dieser Frage bilden, getan worden.

Keine vorgefaßte Meinung über die Form der Lösung

In dem Bericht der politischen Kommission wird weiter darauf hingewiesen, daß der Delegierte Englands erklärt hat, die Mandatarmacht für Palästina werde den Bemerkungen, die in der VI. Kommission bei der Debatte über die Palästinafrage gemacht wurden, ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Die Kommission, so wird ausgeführt, sei auch davon überzeugt, daß der Völkerbundsrat den Meinungsaustausch während der Debatte in der VI. Kommission gebührend berücksichtigen werde.

Die Kommission, so heißt es zum Schluß, habe einstimmig festgestellt, es sei zu hoffen, daß bei dem von den zuständigen internationalen Faktoren durchzuführendem Studium des Problems keine vorgefaßten Meinungen über die Lösung der Palästinafrage maßgebend sein, vielmehr alle das Wesentliche betreffenden Anschauungen vorbehalten bleiben würden.

Die Resolution: Berücksichtigung aller legitimen Interessen

In dem von der politischen Kommission beschlossenen Resolutionsentwurf werden zunächst Fragen anderer Mandatsländer kurz behandelt. Im Anschluß daran wird zu dem Palästinaproblem folgendes erklärt:

„Die Völkerbundsversammlung bringt ihre Ueberzeugung zum Ausdruck, daß das Palästinaproblem, mit dem sich der Völkerbundsrat jetzt beschäftigt, in gerechter Art unter weitestgehender Berücksichtigung aller in Betracht kommenden legitimen Interessen gelöst werden wird.

De Valera betont nochmals: Teilungsprinzip ist nicht angenommen.

Nach der Abstimmung über den Resolutionsentwurf nahm der Präsident des Irischen Freistaates, de Valera, nochmals das Wort, um festzustellen, daß mit dieser Entschließung, die der Völkerbundsversammlung vorgelegt wird, das Prinzip der Teilung Palästinas noch keineswegs angenommen ist. De Valera sprach die Ueberzeugung aus, daß man bei der Lösung des Palästinaproblems nicht ausschließlich die eine Möglichkeit der Landesteilung in Betracht ziehen werde.

Zu den Beratungen und Beschlüssen der VI. Kommission ist zu bemerken, daß die endgültige Lösung der Palästinafrage, soweit hierbei der Völkerbund in Betracht kommt, ausschließlich von der Stellungnahme des Völkerbundsrates abhängt. Die Haltung der Völkerbundsversammlung hat nur informativen und orientierenden Charakter.

Wortlaut der Palästina-Resolution der Völkerbundsversammlung

Die von der Politischen Kommission der Völkerbundsversammlung durch einstimmigen Beschluß vorgelegte Palästina-Resolution hat folgenden Wortlaut:

Die Völkerbundsversammlung, die die Tätigkeit der Mandatarmacht, der Ständigen Mandatskommission und des Völkerbundsrates in bezug auf die Anwendung der in Artikel 22 des Völkerbundspaktes und in dem Text des Mandates niedergelegten Grundsätze zur Kenntnis genommen hat,

a) erneuert das ihnen durch frühere Tagungen der Völkerbundsversammlung ausgesprochene Vertrauen und bringt ihre Anerkennung für die Ergebnisse zum Ausdruck, die sie dank einer engen und offenen Zusammenarbeit, deren Aufrechterhaltung wichtig ist, erzielt haben;

b) bringt ihre Ueberzeugung zum Ausdruck, daß das Palästinaproblem, das gegenwärtig dem Völkerbundsrat vorliegt, in gerechter Weise gelöst werden wird unter möglichst vollständiger Bedachtnahme auf alle legitimen Interessen, die auf dem Spiele stehen.

Beratung in Genf über Auswanderer-Schutz

Genf. In Genf hat eine Sitzung des Verbindungskomitees der Privatorganisationen für Auswandererschutz stattgefunden, die mit dem unter der Leitung von Sir Neill Malcolm stehenden Völkerbundsoberkommissariat zusammenarbeitet. Oberkommissar Malcolm wohnte den Beratungen bei. Es waren die Vertreter von zwanzig jüdischen und nichtjüdischen Verbänden erschienen. Zum Vorsitzenden wurde Professor Fischer vom schwedischen Landeskomitee für Auswandererhilfe gewählt. Der Jüdische Weltkongreß war durch die Mitglieder seiner Exekutive Mark Jarblum und Professor Paul Guggenheim vertreten.

Nach einer Ansprache des Oberkommissars unterbreitete Mark Jarblum der Konferenz den Entwurf eines Statuts für die Auswanderer aus Deutschland. Der Entwurf wurde in seinen Einzelheiten durchberaten. Die Vorschläge des Jüdischen Weltkongresses wurden nach eingehender Aussprache angenommen.

In einer einstimmig angenommenen Resolution werden auf Grund des Berichtes einer Unterkommission von Fachleuten Aenderungen in dem jetzt geltenden Rechtsstatut für die Auswanderer in dem Sinne vorgeschlagen, daß der Auswandererschutz sich auf alle diejenigen erstrecken soll, die früher in Deutschland gelebt haben und jetzt nicht mehr den juristischen oder tatsächlichen Schutz der Reichsregierung oder desjenigen Staates genießen, in dem sie vor ihrer Niederlassung in Deutschland gelebt haben. Weiter soll der Auswandererschutz auf alle diejenigen erstreckt werden, die nicht die Privilegien der früheren Auswandererschutzkonvention genießen. Weiter wird betont, daß eine Lösung des Auswandererproblems ohne Gewährung der Arbeitserlaubnis in den gegenwärtigen Aufenthaltsländern nicht möglich ist.

Die Entschließung wird von dem Oberkommissar dem Völkerbundssekretariat und der nach Genf einzuberufenden Zwischenstaatlichen Regierungskonferenz unterbreitet werden. An den Oberkommissar wurde der Appell gerichtet, seinen Einfluß dahin geltend zu machen, daß das neue Statut angenommen werde. Der Oberkommissar versprach, die von der Konferenz gefaßten Beschlüsse nachdrücklich zu unterstützen.

In einer weiteren Entschließung sprach die Konferenz ihre Genugtuung über den Bericht aus, den der Oberkommissar der jetzigen Völkerbundstagung vorgelegt hat. Sie verspricht, den Oberkommissar in seinen Bemühungen, geeignete Territorien für die Ansiedlung von Auswanderern aus Deutschland ausfindig zu machen, in jeder Weise zu unterstützen. Die Landeshilfskomitees wurden von der Konferenz aufgefordert, sich bei den Regierungen ihrer Länder dafür einzusetzen, daß diese die Durchführung der Konferenzbeschlüsse fördern.

Zum ständigen Sekretär des Verbindungskomitees mit dem Sitz in Paris wurde der Sekretär des Joint Distribution Committee Nathan Katz gewählt. Die nächste Sitzung des Komitees wird im Januar 1938, voraussichtlich in Amsterdam, stattfinden.



Ministerpräsident Skladkowski verurteilt die Juden-Exzesse

Warschau. Amtlich wird mitgeteilt, daß Ministerpräsident Skladkowski am 25. September die Deputierten Dr. Sommerstein und Dr. Gottlieb und die Senatoren Prof. Schorr und Trockenheim empfangen hat, die ihm die seelische Verfassung der jüdischen Bevölkerung infolge der letzten Ausschreitungen schilderten. Der Ministerpräsident erklärte, es würde alles geschehen, um eine Wiederholung barbarischer Willkürakte, die der Ehre des polnischen Staates widersprechen, zu verhindern.

Fachleute aus Palästina studieren in Griechenland das Problem des Bevölkerungstransfers

Saloniki. Der Direktor der Palestine Land Development Company, Dr. Jacob Thon, ist in Begleitung von Dr. Kurt Mendelsohn, einem aus Deutschland nach Palästina eingewanderten Fachmann für Siedlungsfragen, in Saloniki eingetroffen, um die Ergebnisse des griechisch-türkischen Bevölkerungsaustausches und der Kolonisation der aus der Türkei gekommenen griechischen Flüchtlinge in Thrazien und Mazedonien zu studieren. Es heißt, daß die Untersuchung der beiden palästinensischen Fachleute im Zusammenhang steht mit der geplanten Ueberführung von Arabern aus dem Gebiet, das für den künftigen Judenstaat in Aussicht genommen ist, in andere Teile Palästinas und nach Transjordanien. Die in Griechenland gewonnenen Erfahrungen sollen auch bei der Kolonisation des Hule-Gebietes verwertet werden.

Der Gouverneur von Mazedonien, Kyrinis, empfing die palästinensischen Siedlungsfachleute und gewährte ihnen alle gewünschten Erleichterungen für den Besuch der Kolonisationszentren in Nord-Griechenland. Dr. Thon erklärte dem JTA-Vertreter, das auf diesem Gebiet von der griechischen Regierung geleistete ungeheure Werk sei bewunderungswürdig. Palästina könne aus den Maßnahmen der griechischen Regierung für seine eigenen Bevölkerungs- und Siedlungsprobleme viel lernen.

Internationale Transfer-Organisation für jüdische Auswanderung nach Südamerika

Genf. In der Völkerbundsversammlung wies der polnische Delegierte Adam Rose auf die Notwendigkeit hin, etwa 100 000 Menschen aus Ost- und Mitteleuropa zur Auswanderung nach Südamerika zu bringen. Diese Auswanderung werde einen Betrag von 300 bis 500 Millionen Franken erfordern. Der polnische Delegierte schlug vor, eine internationale Transfer-Organisation zu gründen, die dieses Auswanderungswerk finanzieren solle, da die einzelnen Auswanderungsländer hierzu nicht imstande seien.

Maßnahmen gegen die Einwanderung Karpathorussischer und rumänischer Juden nach Ungarn

Budapest. (J.T.A.) Als ein Zugeständnis an die wachsende judenfeindliche Strömung in Ungarn wird die von Innenminister Szell angekündigte Verschärfung der Kontrolle gegen unerwünschte Einwanderung aus den östlichen Ländern angesehen. Der Innenminister gab bei einem Presseempfang bekannt, daß Beamte der Ausländerabteilung des Innenministeriums an die Grenzstationen im Osten entsandt werden sollen, um die Einwanderung von Juden aus Karpathorußland oder Rumänien zu verhindern. Offenbar wird mit dieser Maßnahme beabsichtigt, der oppositionellen Propaganda entgegenzutreten, die sich immer wieder des Argumentes bedient, daß Juden in großer Zahl nach Ungarn einwandern und die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten der einheimischen Bevölkerung schmälern. In Wirklichkeit hat in den letzten Jahren, wie wiederholt statistisch festgestellt wurde, eine jüdische Einwanderung nach Ungarn so gut wie überhaupt nicht stattgefunden.

Verantwortlicher Redakteur: Zoltán Illés, Berlin W 50. — Verantwortlicher Anzeigenleiter: Paul Rehfisch, Berlin-Wilmersdorf. Mind.-Aufl. 3000. — Verlag: „Das Jüdische Volk" Verlagsgesellschaft m. b. H., Berlin. — Druck, Abonnements- und Anzeigenverwaltung: M. Leßmann, Berlin. — Anzeigen-Preisliste Nr. 1 ist gültig.
Vorliegende Nummer ist abgeschlossen am Donnerstag, 30. September 1937



Unsere Meinung

Der Alpdruck am Mittelmeer

Sie scheinen doch Recht zu behalten, die stolzen Verkünder der stolzen Behauptung. Die einzigartigste Leistung der Geschichte bleibt doch das zionistische Werk. Seine Krönung, der angehende Staat gewisser Juden, wird zumindest das Kurioseste aller völkischen Schöpfungen bleiben. Als Traum und Idee hartnäckig abgelehnt und stets verfemt, wird der nun von denselben Ablehnern und Schimpfern gefordert, gewünscht, gepriesen! Nur weil dieses Kuriosum von einem Staat um rund 100 000 qm kleiner ist als der Staat des Traumes und der Idee! Man könnte glauben, sie wären nur gegen den Jordan gewesen und wollten den Staat nicht am Jordan haben, dagegen am Mittelmeer wollen sie ihn. Oder man könnte annehmen, sie litten an — Platzangst, oder sie wären — leidenschaftliche Miniaturisten, alle möglichen pathologischen Variationen schwirren im Kopf des perplexen Beobachters herum, bis ihm die Wahrheit nicht einleuchtet: Juden sind sie, einfach Juden! Ihrer Mentalität entspricht nicht die Losung gesunder Völker: Rechte erkämpft man sich! Sie fühlen sich nur im Schatten ihrer Pseudowahrheit wohl: Man nimmt, was man einem gibt...

Ganz in diesem Sinne entsprechend ihrer Gedankenwelt ist auch die Resolution ihres traurigsten Kongresses gehalten. Man wünscht, ja man fordert Cis- und Transjordanien, jedoch — man nimmt den Vorschlag der Königlichen Kommission als Verhandlungsbasis an...! Man bedenke: Jemand erhebt den Anspruch auf eine Million Pfund, erklärt sich aber zu Verhandlungen bereit, wenn der Schuldner ihm zehn Pfund bietet! Welcher Kaufmann, mit heilem Gehirn, wäre dazu imstande, außer er ist ein Bankrotteur...? Und tatsächlich, nichts beweist augenscheinlicher die bankrotte Politik zweier Dezennien, als die Resolution, ausgeklügelt im Jahre 5697 zu Zürich!

Ganz davon zu schweigen, daß der Traum eines Volkes keine Krawatte ist, um deren Kaufpreis man handeln kann. Der Traum eines Volkes kann verwirklicht werden oder nicht. — Kompromisse jedoch verwandeln ihn in einen Alpdruck!

„Sind wir Realisten!" — empfiehlt der Rasende seiner eigenen Schöpfung, der zionistischen Realität. In der Wirklichkeit ist diese „Realität" gleichbedeutend mit der Absicht, in einer Badewanne Seeschiffahrt betreiben zu wollen. Der Tatsache bewußt, daß die Gründung des Taschenformatstaates auf immer Mark und Sinn des Zionismus nimmt, weil sie die Lösung der Judenfrage auf ewige Zeiten illusorisch macht, träumen die tollgewordenen Realisten dem allzu einfältigen Volke die künftige und glorreiche Expansion vor. Sie kaufen sich eine Kanone und machen sich selbständig!

Jeder Ansturm der neuzionistischen Bewegung in der Richtung des Herzlschen Judenstaates war für sie eine Phantasterei, die man nur verlachen konnte, jede notwendige und nationalbewußte Politik wurde von ihnen verpönt und verschrien. Der Judenstaat in der Westentasche ist aber plötzlich ihr Judenstaat, ihr Werk, ihr Erfolg, ihre Errungenschaft und die mystische Träumerei von einer aussichtslosen Expansion, das Abhören des Wachstums künftiger Gräser, erscheint ihnen als höchste realpolitische Weisheit!

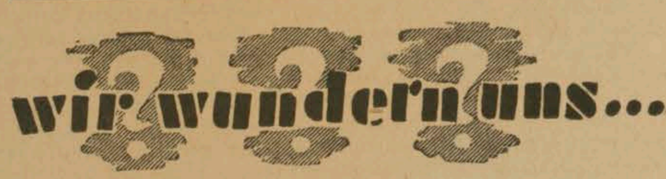
Die Rasenden der sogenannten zionistischen Realität scheinen nichts gelernt und alles vergessen zu haben. Der Zusammenbruch infolge ihrer katastrophalen Methoden war so offensichtlich, daß jedes andere Volk sie samt ihrer Realität schon längst an die Wand gestellt hätte. Nun setzen sie fort mit den verkrachten Kniffen des Kleinkrämertums und des Schleichhandels, mit der falschen Zolldeklaration als staatsbildendes Ideal. Wenn sie aber noch früher die zwar unglaubwürdige Ausrede hatten, mit Kolonien, Kwuzot und Plantagen den Staat schmuggeln zu wollen, so tritt heute ganz unzweideutig die Absicht zutage, mit dem Staat eine Kolonie für Ministerposten schmuggeln zu versuchen!

Sie erinnern immer mehr an den legendären kleinen Juden, der durch das Dorf ritt, verkehrt auf dem Pferd sitzend, und auf die verwunderte Frage seiner Freunde, warum er verkehrt sitze, antwortete: „No, muß denn jeder wissen, wohin ich fahre...?!"

Seitdem sie die Politik betreiben, sitzen sie verkehrt auf dem Pferd und leben in der Einbildung, es wisse niemand, wohin sie fahren.

Ungeachtet ihres jetzt angekündigten Reisezieles weiß jeder sehende Mensch, außer ihrer blinden Anhängerschar, was sie am Ende ihrer Reise erwartet. Nicht die Verwirklichung eines Traumes, nicht der jüdische Staat, sondern der Alpdruck am Mittelmeer!

Georg Lang.



Schmutzige Wäsche

Es ist eine alte Erfahrung, daß Menschen, die selbst ein schlechtes Gewissen haben, mit lustvoller Spannung den Augenblick erwarten, um einen tatsächlichen oder vermeintlichen Gegner nicht im offenen Kampf, sondern aus dem Hinterhalt niederstrecken. Da wird gewispert, getuschelt, geraunt, da eilen mit Windesschnelle Gerüchte von Keller bis zum Dache, da rast die Flüsterpropaganda unter den Menschen, und was man offen aus geheimer Furcht nicht auszusprechen wagte, wühlt in den Gassen und erregt die Seelen kleiner Menschen.

Man mißverstehe uns nicht und mißverstehen kann uns nur, wer uns mißverstehen will: Wir sprechen hier nicht von irgendwelchen Einzelfällen, wir sprechen von den großen und kleinen Vorkommnissen unseres täglichen Lebens, von Erfahrungen aus der Oeffentlichkeit genau so wie von jenen Begebenheiten, die sich im Rahmen eines beliebigen Büros oder in irgendeiner Familie abspielen. Denn überall gibt es Menschen, die mit Vorliebe gern die schmutzige Wäsche anderer statt der eigenen waschen. Man mißverstehe uns auch weiterhin nicht: Wir haben kein Plädoyer für das Unrecht vor, wir sollen und wollen ein Unrecht — Unrecht nennen, wenn dem so ist. Wir wollen und sollen anklagen, wenn Anklage am Platze ist. Wir können und müssen verurteilen, wenn Verurteilung geboten ist.

Aber wir wollen nicht: das erbärmliche, heimliche Getuschel und Gewispere um Kleinigkeiten oder um Dinge, die der Vergangenheit angehören. Wir wollen in unserer Gemeinschaft nicht das Vortragen haltloser Gerüchte, das Aufbringen phantasiereicher, darum nicht weniger lügenhafter Kombinationen. Wir wollen nicht, daß unser Leben in Familie, Büro oder sonstwo durch lächerliche Kleinkrämerei verbittert wird. Es soll und darf uns nicht interessieren, was Tante X. und Fräulein Y. zur seelischen Vergiftung ihrer Umgebung mitzuteilen haben.

Denn: Wir alle sind keine Heiligen und selbst Heilige erfreuten sich nicht des Rufes steter Sündenlosigkeit. Wir haben keine Absicht, uns als makellose Engel einem pp. Publikum vorzustellen. Wir alle haben kleine Fehler, Schwächen und Mängel, und niemand ist uns, dessen menschliches Schuldkonto nicht irgendwie belastet ist. Die Gemeinsamkeiten unseres Schuldkontos sollen uns nicht für die Fehler anderer blind machen, aber sie geben auch niemandem die Berechtigung, die Fehler anderer ins Scheinwerferlicht zu ziehen und sich selbst gut gedeckt im Dunkeln zu bergen. Jedermann sollte zudem wissen, daß Scheinwerfer sehr beweglich und ihre Umdrehung leicht zu bewerkstelligen ist.

Wie auch immer: Die Kolporteure übler Gerüchte erfreuten sich schon seit je stets guter Aufmerksamkeit, doch nie guten Rufes beim Publikum. Schon darum sollten wir kein Interesse haben, in den Fehlern anderer Menschen zu wühlen und das Waschen schmutziger Wäsche ruhig gewerbsmäßigen Waschfrauen überlassen.

Unsere Ehre darf uns nicht gestatten, die Ehre anderer grundlos anzugreifen. Unser Verstand muß uns gebieten, sinnloses Geschwätz, müßige Kolportage, gegenseitige seelische Vergiftung wo auch immer als gemeinschaftsschädigend abzulehnen. Unser Herz aber verpflichtet uns, Fehler und Schwächen zunächst bei sich selbst zu suchen, die kleinen Untugenden und Mängel anderer aber so zu behandeln, wie wir wünschen selbst behandelt zu werden. Begraben wir allen unnützen Streit, alle häßliche Kolportage, begraben wir alles vergiftende Wispern und Raunen, dann haben wir einen großen, vielleicht sogar d e n Schritt für die Einheit unseres Volkes getan.

Ln.

Sabotage gegen die Neinsager

Weizmanns Arbeit für Ormsby-Gore / Von A. Abrahams

Die Resolution des Völkerbundsrates ist das Beste, was unter den gegenwärtigen Umständen erwartet werden konnte. Man weiß, daß dieser Entschluß gegen den größtmöglichsten Druck von seiten der britischen Regierung gefaßt wurde. Darüber hinaus ist er das Werk von Staaten, die ganz besonders darauf bedacht sind, in guten Verhältnissen mit England zu bleiben. Trotzdem haben diese Staaten einen überraschenden und bezeichnenden Mut bewiesen, dadurch, daß sie zwei der am stärksten von England vertretenen Argumente bezüglich Palästinas zurückgewiesen haben: daß das Mandat praktisch beendet sei, und daß das Kriterium der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit der Vergangenheit angehöre und durch den neu erfundenen Ausdruck von der politischen Aufnahmefähigkeit ersetzt werden müsse.

Diese beiden Argumente sind scharf durch die Resolution des Völkerbundsrates zurückgewiesen worden, indem festgestellt wurde, daß das Mandat weiter in Kraft bleibe und daß die jüdische Einwanderung nach dem Grundsatz der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit wieder begonnen werden solle. Abgesehen davon, gestattet dieser Beschluß Großbritannien, den Teilungsvorschlag näher zu spezifizieren, aber man legt sich nicht fest auf das Prinzip oder die Behauptung der Undurchführbarkeit des Mandates, auf welchem Argument das gesamte Gebäude des Teilungsplanes errichtet worden ist.

Hinter den Szenen haben die Engländer jeglichen Versuch gemacht, einen klaren Spruch zugunsten der Teilung durchzusetzen. In diesen Bemühungen sind sie wirksam von Dr. Weizmann unterstützt worden. Er hat in Genf, zusammen mit Nahum Goldmann, die Delegationen abgeklappert, argumentierte und plädierte für eine möglichst einstimmige Unterstützung des Teilungsvorschlages und für vollstes Vertrauen zu den Absichten des Kolonienministeriums. Aber seine Arbeit beschränkte sich nicht nur auf Genf.

Auch in anderen Ländern waren die Streiter Weizmanns unermüdlich am Werk, die Anti-Teilungsarbeit der Neuen Zionistischen Organisation zu sabotieren, oder wenigstens den Versuch hierzu zu machen. Dies trifft besonders auf die drei Schlüsselländer, Polen, Rumänien und Frankreich, zu. Weizmanns Arbeit mit Polen ging in Warschau mit Hilfe seiner Agenten vor sich, in Genf dagegen verhandelte er persönlich. In Rumänien bediente er sich der Unterstützung des Oberrabbiners Nemirower, der sich zum Partisanen der Teilung und zum Agenten Weizmanns gemacht hat. In Frankreich nutzte man ganz besonders den persönlichen Einfluß auf die Sozialdemokratische Partei aus, um den Vertreter Frankreichs beim Völkerbund zu einer positiven Stellungnahme zum Teilungsplan zu veranlassen.

Es dürfte immerhin interessant sein, einige typische Beispiele sowohl von Weizmanns eigener Teilungspropaganda während der letzten Wochen, als auch von ihrem Resultat anzuführen. So scheint Weizmann beispielsweise in Rumänien durch die Möglichkeit, daß die Konferenz der Kleinen Entente, die kurz vor dem Zusammentritt des Völkerbundsrates stattfand, eine kompromißlose Haltung gegen die Teilung einnehmen könnte, in äußerste Besorgnis versetzt worden zu sein. Diese Furcht war insofern gerechtfertigt, als Rumänien und Polen, die beide an einer großen jüdischen Einwanderung interessiert sind, bei dieser Konferenz einen sehr starken Einfluß hatten. Weizmanns Angst wurde auch keineswegs durch die Nachrichten vermindert, daß die Delegation der NZO., vertreten durch den Landespräsidenten von Rumänien, Dr. Kanner, und Dr. von Weisl, der zu diesem Zweck nach Rumänien gekommen war, von den Staatsmännern, die bei dieser Konferenz zugegen waren, in Audienz empfangen wurden. Ferner wurde bekannt, daß die NZO. Rumäniens den Erfolg hatte, die öffentliche jüdische Meinung gegen die Teilung Palästinas zu beeinflussen. Man weiß jetzt im politischen Departement der NZO., daß Dr. Nemirower, der rumänische Oberrabbiner, unverzüglich Schritte unternommen hat, um der starken Anti-Teilungsbewegung entgegenzuarbeiten. Wie wir wissen, hat er den einflußreichsten rumänischen Staatsmann besucht, und in seiner Unterhaltung geltend gemacht, daß die NZO. nur die Meinung einer kleinen jüdischen Minorität darstelle, und daß die Majorität der Juden irgendeine Art Teilung begünstige; hierdurch würde auch eine beträchtliche Auswanderung von Juden aus Rumänien ermöglicht werden. Man muß zugeben, daß diese Intervention, die wahrscheinlich auch durch andere Mittel, welche die alte Zionistische Organisation zur Verfügung hat, in der Tat die rumänische Haltung in Genf geschwächt hat. Mehr als das, kann im Augenblick nicht gesagt werden.

Bezüglich der Arbeit Weizmanns, Frankreich zu einer Unterstützung der Teilung zu veranlassen, genügt es, wenn man sich nur eines einzigen Ereignisses erinnert, das deutlich den Eifer, sogar die Rücksichtslosigkeit kennzeichnet, mit welcher Weizmann seine Pläne verfolgt. Ungefähr einen Tag, bevor dem Völkerbund die Palästina-Resolution vorgelegt wurde, empfing Herr Delbos, der französische Premierminister, in seiner Eigenschaft als Vertreter Frankreichs, die Vertreter der französischen Presse in Genf. Herr Delbos sprach über die Palästinafrage und erklärte, daß Frankreich sich gegenwärtig nicht auf das Prinzip der Teilung festlegen könne, da der Teilungsplan in seinen Einzelheiten nicht bekannt sei. Im Verlaufe seiner Antworten auf Fragen der französischen Journalisten stellte es sich ebenfalls heraus, daß Delbos für eine Resolution, die sich nicht auf den Teilungsplan festlegt, stimmen würde. Auch diese Tatsache scheint Herrn Weizmann aufgeregt zu haben. Er wandte sich sofort an Delbos. Die französische Presse berichtete dann über dieses Interview und erklärte, „Weizmann habe versucht, Herrn Delbos für eine Unterstützung der Teilung Palästinas zu gewinnen". Herr Delbos jedoch bestand auf seiner Meinung, die er der französischen Presse mitgeteilt hatte, und wiederholte seine Absicht, nur eine Resolution zu unterstützen, die sich nicht auf die Teilung festlegt.

Um Polens Zustimmung zu gewinnen, liefen Weizmanns Machenschaften darauf hinaus, Polens bekannten Wunsch nach einer jüdischen Massenauswanderung, wodurch sich schon von selbst ein Grund für die polnische Opposition des Teilungsplanes ergibt, zu parieren. In diesem Fall mußten die polnischen Gegenargumente nach einer ganz neuen Methode entkräftet werden. Man produzierte eine neue Illusion. Man mußte von der Möglichkeit einer großen jüdischen Auswanderung aus Polen — in irgendein anderes Land, sprechen, wenn nicht Palästina in Frage käme. Es ist uns bekannt, daß der Gedanke oder auch der Glaube einige polnische Staatsmänner beherrscht, daß durch die Republik Libanon und die Aegyptische Regierung in El-Arisch die Möglichkeit großer jüdischer Einwanderung gegeben wird, wenn der vorgeschlagene Teilungsplan Wirklichkeit werden sollte. Man braucht keine große Phantasie zu haben, um die Quelle dieser neuen Illusion zu erraten. Es besteht kein Zweifel darüber, daß auch dieses Manöver ein Teil der Macchiavellischen Teilungspropaganda ist, die heute vor den Toren so vieler europäischen Staatskanzleien ihr Unwesen treibt. Es ist natürlich klar, daß beide Thesen bezüglich Libanon und El-Arisch vollkommen imaginär sind. Sie haben keine reale Grundlage und können nur dazu dienen, die Beziehungen zum Libanon — gegenwärtig unserem einzigen Freund im nahen Osten zu vergiften und dann später noch die Beziehungen zu den Anti-Zionistischen Kreisen Aegyptens weiter zu verbittern.

Pariser Eindrücke

Aus dem Reisetagebuch eines jüdischen Journalisten / Von Hermann Fekler, Cernauti

Der jüdische Mensch, der in die Geburtswehen einer neuen Zeit hineingeraten, die Judenfeindschaft elementar erlebt, glaubt mit der Zeit, daß das Weltgeschehen von einer einheitlichen Tendenz bestimmt wird. Wenn auch das alte Europa von neuen Ideen durchgerüttelt wird und wir die dadurch hervorgerufene Erschütterung *e r s c h ü t t e r n d* und *e r s c h r e c k e n d* erleben, wenn wir im großen Distrikt unseres Lebens, in der Galut, immer wieder tragisch daran erinnert werden, was es heißt, Objekt einer Entwicklung sein, so ist es gut, sein eigenes Weltbild mit dem jüdischer Menschen anderer Länder zu vergleichen.

Ein Gang durch Paris, über die herrlichen Boulevards, durch eine Stadt, in der man Anschauungsunterricht in Lebensbejahung nehmen kann, vermittelt dem jüdischen Menschen den Eindruck der Unbesorgtheit und Unbeschwertheit jüdischen Daseins in Frankreich. Die Freude am Leben, an den Schönheiten des menschlichen Daseins, der ins Blut übergegangene Sinn für die kompromißlose persönliche Freiheit, der Respekt vor dem Glauben und den Ueberzeugungen des Nebenmenschen, alles innere Bestandteile des französischen Menschen, mit dem jede Begegnung wohltuend wirkt.

In dieser Stadt des Lichtes und des Geistes verliert sich der mit jüdischen Sorgen beladene Mensch in eine Atmosphäre, die nervenfroh macht, die den tragischen Akzent entbehrt, die die Besorgnis abstreifen läßt und so die Möglichkeit bietet, zur Welt in ein richtiges Verhältnis zu kommen. Man lernt unter den Einwirkungen dieses moralischen Klimas wieder lachen, frei und frisch von der Leber weg. Es ist, als ob man einen Sprung in eine Pause seines eigenen Daseins getan hätte, in der man frisches Leben wieder tief einatmen kann, wirkliches und starkes Leben. Man lernt wieder straff gehen, es dehnen sich im Innern wunderbare Kräfte. Von diesen Gedanken erfüllt, geht man durch diese einzigartige Stadt, Paris, sieht ohne Neid den eleganten Menschen nach, die mit ihrem Treiben die mondänen Schauplätze gesellschaftlichen Lebens ausfüllen.

Man geht stundenlang durch die Weltausstellung, die Expo, nimmt Anteil am Schaffen der Völker, die sich hier präsentieren und vergißt, daß Europa ein einziger Konfliktsherd ist, in dem die Wirklichkeit mit der Idee ringt. Schließlich sind Ausstellungen in erster Reihe dazu bestimmt, die Völker untereinander näher zu bringen, die Gegensätze zu glätten und unter Beweis zu stellen, daß nur eine friedliche Atmosphäre und Entwicklung dem Fortschritt dienstbarer Geist sein kann.

Neben manchen überdimensionalen Pavillonen der Völker, inmitten prunküberladener Kioske und mit Kostbarkeiten gefüllter Vitrinen ein kleines, aber schönes Haus: der jüdische Pavillon, Repräsentant von Erez Israel. Vielleicht zu klein, zu wenig auf das Propagandistische eingestellt, vielleicht hätte dieser Pavillon den Millionen Besuchern die Judenfrage in einem andern, verständnisvolleren Licht zeigen sollen, sogar müssen, aber unser Pavillon. Hätten die jüdischen Künstler, die die Pavillone der andern Völker bereicherten, ihr Scherflein zum jüdischen Pavillon beigetragen, wie schön und stolz wäre unser Pavillon gestaltet worden. Aber trotzdem gibt uns dieser Pavillon, der am Ein-

gang symbolhaft von den Bildern Herzls, Nordaus und Sokolows beherrscht wird, ein stolzes Bewußtsein. Wir sind wieder eingezogen in die Arena der Völker, als Volk, als staatsbauendes Volk. Aus der räumlichen Enge unseres Pavillons wächst die Erkenntnis heraus, sie wird zum Zeugen für den historischen Prozeß, den wir als Volk mitmachen, vom Objekt der Geschichte zum subjektiven Gestalter unseres Eigenschicksals. Die Schönheit und der Fortschritt des jüdischen Landes, das Werden von Erez Israel, es wird dem Besucher veranschaulicht. Wenn man müde des Geschauten wieder auf die Straße tritt, umbraust von der Symphonie der Weltstadt Paris, schließt man für einen Moment die Augen und denkt: Nach so vielen Jahrhunderten steht da drinnen ein jüdisches Haus zwischen den Häusern der anderen Völker und die jüdische Stimme ist wieder hörbar, als jüdische Stimme, im Chorus der Völker.

Neue Aspekte eröffnen sich dem jüdischen Menschen, der zwar nicht vergessen kann, daß das Maß jüdischen Leids voll ist. Man lächelt still in sich hinein, weil man sich erinnert, daß auch unsere Väter niemals den Glauben und die Hoffnung aufgegeben haben, als Erez Israel noch eine ferne Illusion war, daß es immer eine Judengegnerschaft gegeben hat, die von unserem Untergang überzeugt war und daß wir immer und wieder stark waren, wir, die kleinen und schwachen Juden...

Die andere Seite

Vor 14 Tagen brachten wir einen Artikel „Jüdische Wohlfahrt". Wir veröffentlichen heute eine Zuschrift aus unserem Leserkreis, die sich mit der gleichen Sache, aber von der „anderen Seite" aus beschäftigt.
Die Redaktion.

Die Nummer 12 des „Jüdischen Volkes" brachte einen recht massiven Angriff auf einen Mitarbeiter des Jüdischen Wohlfahrtsamtes zu Berlin. Wir kennen den Artikelschreiber nicht, wir haben auch nicht „die andere Seite" gehört. Gleichwie: es geht uns nicht um einen Einzelvorgang, auch nicht um das pro oder contra in dieser Sache, vielmehr um dies: Die Haltung des jüdischen Menschen zu seinen jüdischen Amtsstellen.

Das ist gerade für den Staatszionisten keine unwichtige Angelegenheit, sollte doch eine jüdische Amtsstelle — und wäre sie noch so schlecht geführt — auch in der Galut die autoritäre Vertretung der Kehilla gegenüber dem einzelnen sein, quasi das Abbild einer staatlichen Behörde, die eine gewisse Disziplin und einen gewissen Respekt des Publikums zu fordern das Recht hat. Jedermann unter uns erkennt die Notwendigkeit einer ordnungsgemäßen, exakten Abwicklung der Geschäfte bei einer außerjüdischen Behörde an, ja er erwartet sie geradezu. Wie viele unter uns aber erkennen diesen Anspruch auch gegenüber einer jüdischen Behördenstelle an? Was wird nicht alles einer jüdischen Behörde zugemutet, nur eben weil sie jüdisch ist. Niemandem würde es einfallen, am Nachmittag zu einer üblicherweise nur am Vormittag amtierenden öffentlichen Stelle zu kommen und Abfertigung zu verlangen, bei jüdischen Stellen darf man das ohne weiteres tun. Jedermann weiß, daß für bestimmte Zwecke gewisse Legitimationen notwendig sind, jüdische Stellen, die diese Legitimationen verlangen, werden in solchen Fällen lästiger Neugierde verdächtigt. Ist es nötig, diese Aufzählung fortzusetzen?

Wir haben nicht die Absicht, irgendeine Bürokratie zu verherrlichen, noch — was es durchaus nicht selten gibt — unhöfliche, im Publikumsverkehr ungeeignete jüdische Beamte zu verteidigen, zumal die bei uns Juden so besonders wichtige Wohlfahrtsarbeit weitestgehend eine unbürokratische und menschlich einfühlsame Handlung verlangt. Was vom jüdischen Menschen in seinem Verhalten gegenüber einer jüdischen Behörde verlangt werden muß, ist zu begreifen, daß auch eine jüdische Amtsstelle Disziplin und Korrektheit von ihm zu fordern das Recht hat. Jüdische Staatserziehung in der Galut heißt Erziehung nicht nur zur Achtung vor den Gesetzen und Einrichtungen des Wirtsvolkes, sondern auch Erziehung zur Achtung vor den öffentlichen Einrichtungen des eigenen Volkes. Unter dieser Voraussetzung, allein unter dieser Voraussetzung hat der einzelne Jude auch das Recht, Ansprüche an seine Gemeinde zu stellen.

Ln.

Uraufführung des Schöpfungshymnus „B'reschit"

Berlin. Zu Hoschana Rabba fand in der dichtgefüllten Synagoge Oranienburger Straße in Berlin die Weihe einer neuen Torarolle statt. Im Rahmen der eindrucksvollen Feier wurde der Schöpfungshymnus „B'reschit" von Oskar Guttmann zum erstenmal durch das verstärkte Orchester der Künstlerhilfe und den Winawerschen Chor aufgeführt. Die musikalische Gesamtleitung der Aufführung, an der Paula Salomon und Oberkantor Hans John-Jacobsohn als Solisten sowie an der Orgel Werner Baer mitwirkten, lag in den Händen Chemjo Winawers, dem es gelang, die Werte dieses eigenartigen Werkes voll zur Geltung zu bringen. Das Gerüst des Hymnus bildet die durch den Kantor nach einer die sefardischen Neginot verwendenden Weise vorgetragene erste Sidra. An jeden Abschnitt, der nach den Schöpfungstagen gegliederten Erzählung schließen sich Chorsätze mit Texten aus den Propheten und den Psalmen an, die sich auf den betreffenden Abschnitt der Schöpfungsgeschichte beziehen. Dieser wird gewissermaßen musikalisch interpretiert. Während des feierlichen Umzuges der Torarollen, der zwischen dem ersten, die ersten fünf Schöpfungstage umfassenden, und dem zweiten Teil des Werkes stattfand, wurde der im Tanzrhythmus geschriebene Chorsatz zum dritten Schöpfungstag wiederholt.

Auf die besondere Bedeutung der Weihe einer Torarolle in dieser Zeit wies der Vorsitzende der Jüdischen Gemeinde, Direktor Heinrich Stahl, hin. Er dankte dem Spender der Rolle, Isidor Dobrin, der damit den Beweis dafür erbracht habe, daß auch in der ernsten, von unendlichen Sorgen erfüllten Zeit, die Opferfreudigkeit nicht erloschen ist. Durch Jahrtausende sei die Tora dem Judentum der Wegweiser gewesen, niemals aber habe man es so nötig gehabt wie gerade jetzt, die Tora als unser verpflichtendes Erbe zu empfinden. Jugend und Tora seien die Säulen unseres Lebens, die Garanten unserer Zukunft. Der Gemeindevorsitzende erinnerte daran, daß in letzter Zeit Torot aus Berlin mit den wandernden Gemeindemitgliedern nach allen Teilen der Welt, nach Palästina, Südafrika, Südamerika, in den letzten Wochen sogar nach Australien, wo in Melbourne eine neue Synagogengemeinde gegründet wurde, gegangen sind. Wenn nun den Berliner Juden selbst eine neue Torarolle gegeben wird, so sei zu wünschen, daß sie vielen Generationen Lehrmeisterin sein und ihnen Zuversicht geben möge.

Der Gedanke, daß Tora und Welt einander bedingen und kaum je eine Generation so sehr berufen gewesen sei wie gerade die unsere, Tora zu schreiben, wurde von Rabbiner Dr. van der Zyl entwickelt. Er wies auf die Berufung hin, die das Leid gibt und erklärte, seit Jahrhunderten sei unsere Hand wieder geweiht, heilige Buchstaben zu schreiben.

Nachrichten aus aller Welt

Deutschland

Kipnis singt in Amerika und in Jüdischen Gemeinden in Deutschland

Berlin. Alexander Kipnis wird im Oktober nach den Vereinigten Staaten gehen, um dort in 36 Städten zu gastieren. Vor seiner Reise wird er in Berlin am 4. Oktober im Brüdervereinshaus singen. Nach seiner Rückkehr aus den Vereinigten Staaten wird er in der zweiten Dezember-Hälfte ebenfalls in Konzerten, die von der Berliner jüdischen Konzertdirektion Taube in Berlin und anderen Städten veranstaltet werden, auftreten. Weihnachten singt Kipnis wieder an der Wiener Staatsoper, anschließend in Budapest, Zürich und Florenz. Ende Februar geht er auf eine australische Tournee.

Frankfurt a. M. Die Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler in Frankfurt a. M. überreichte ihren Mitgliedern eine Arbeit der beiden Kunsthistoriker Dr. Hermann Gundersheimer und Dr. Guido Schönberger über „Frankfurter Chanukkaleuchter aus Silber und Zinn". Es werden Menorot Frankfurter Herkunft, die den Verfassern durch ihre Arbeit in jüdischen Museen bekannt geworden sind, auf ihre Werkstattzugehörigkeit untersucht und die Meister festgestellt, die als Schöpfer dieser Kultgegenstände zu ermitteln waren. Es ergeben sich dabei u. a. interessante Einblicke über die Beziehung jüdischer Auftraggeber zu bedeutenden Kunsthandwerkern im 18. und 19. Jahrhundert.

Oesterreich

Uraufführung eines Bühnenwerks von Franz Werfel

Im Theater in der Josefstadt findet als nächste Premiere die Uraufführung eines soeben vollendeten neuen Bühnenwerkes von Franz Werfel statt. Das dreiaktige Schauspiel führt den Titel „In einer Nacht". Die Regie führt Max Reinhardt.

Ungarn

Präsident der Orthodoxie in Budapest gestorben

Budapest. Der Präsident der Orthodoxen Landeskanzlei Ungarns, Ludwig Hartstein, starb im Alter von 79 Jahren. Er übte sein Amt seit dem Jahre 1903 aus.

Polen

Judenfeindliche Ausschreitungen in Polen sollen streng unterdrückt werden

Warschau. Anläßlich der Ausschreitungen in Warschau und anderen Städten Polens ist ein Regierungskommuniqué veröffentlicht worden, in dem es heißt, daß die Polizeibehörden in den letzten Wochen über eine Anzahl von Störungen der öffentlichen Ruhe und Ordnung berichtet haben. Es seien durch verantwortungslose Elemente Passanten überfallen und Fenster zertrümmert worden. Die Behörden seien entschlossen, Unruhen mit Entschiedenheit und mit der ganzen Strenge des Gesetzes zu unterdrücken. Die an den Unruhen Schuldigen würden verhaftet und streng bestraft werden; wo es sich um Minderjährige handelt, würden die Eltern zur Verantwortung gezogen werden. Das Kommuniqué bezieht sich offenkundig auf die judenfeindlichen Ausschreitungen, erwähnt diese jedoch nicht ausdrücklich.

Angriffe auf einzelne Juden haben sich am Mittwoch in Warschau wiederholt. Ein Jude wurde durch einen Messerstich verletzt. Die Lage in Bielsko wird allmählich wieder normal. Mehrere jüdische Geschäfte wurden wieder geöffnet. Die Straßen werden durch starke Polizeipatrouillen bewacht.

Wegen judenfeindlicher Ausschreitungen verurteilt

In Warschau hat die erste Verhandlung vor dem Schnellgericht gegen Teilnehmer an den letzten judenfeindlichen Ausschreitungen stattgefunden. Zwölf Jugendliche, die Schaufenster jüdischer Geschäfte zertrümmert und jüdische Passanten überfallen hatten, sind zu Gefängnisstrafen von sieben bis vierzehn Tagen verurteilt worden.

Die polnischen Behörden haben in den letzten Tagen scharfe Maßnahmen gegen die judenfeindlichen Ausschreitungen getroffen. Es wurden etwa 200 Personen festgenommen. Die Versicherungsgesellschaften lehnen den Abschluß neuer Versicherungen mit jüdischen Firmen gegen Beschädigung von Schaufenstern ab. Der Vorsitzende des Jüdischen Parlamentsklubs, Abg. Sommerstein, hat wegen der Ausschreitungen in Bielsko und Biala bei dem Wojwoden von Krakau und bei dem Vizewojwoden für Polnisch-Schlesien interveniert. Beide erklärten, es seien strenge Verordnungen erlassen worden, durch die die öffentliche Sicherheit vollständig gewährleistet erscheine.

Der Wilnaer jüdische Verleger Boris Kletzkin gestorben

In Wilna ist im Alter von 62 Jahren der bekannte jüdische Publizist, Kritiker und Verleger Boris Kletzkin gestorben. Kletzkin war der Inhaber des bekannten „Wilnaer Verlagshauses B. A. Kletzkin", das die Werke der meisten hervorragenden jüdischen Schriftsteller der Gegenwart, sowie Uebersetzungen der Werke großer nichtjüdischer Schriftsteller herausbringt.

Holland

Erweiterungsbau des „Joodsche Invalide" in Amsterdam

Amsterdam. In Anwesenheit von Vertretern der Staatsbehörde und jüdischer Organisationen fand die Einweihung des Erweiterungsbaues des Heimes der bekannten Wohlfahrtsorganisation „Joodsche Invalide" in Amsterdam statt. In dem gesamten Gebäude können nunmehr 400 Sieche und Kranke untergebracht werden. Oberrabbiner Sarlouis weihte die Synagoge des Gebäudes ein.

Australien

Bestimmungen für die Einwanderung nach Australien

Canberra. Die australisch-jüdische Wohlfahrtsgesellschaft, deren Zentrale in Sidney mit ihren Zweigstellen in ganz Australien Fürsorgearbeit für jüdische Einwanderung aus Deutschland und Polen leistet, hat vom Innenministerium eine Mitteilung erhalten, in der einschneidende Aenderungen der Vorschriften für die Zulassung von alleinstehenden Einwanderern bekannt gegeben werden. Während die Regierung sich früher mit einer Garantie des Komitees begnügte, daß der Einwanderungswillige 50 Pfund besitzt und der Allgemeinheit nicht zur Last fallen wird, verlangt die Regierung jetzt außer dem Landungsgeld eine Bestätigung des künftigen Arbeitgebers, aus der hervorgeht, daß durch die Beschäftigung des Einwanderers australischen Bürgern kein Schaden erwachsen wird.

Da die Gesellschaft bei dem Versuch, solche Anstellungsbestätigungen zu erlangen, Schwierigkeiten begegnet, will sie in Verhandlungen mit der Bundesregierung über die neuen Bestimmungen eintreten. Sie erwartet jedoch nicht, daß eine andere Haltung der amtlichen Stellen vor den Bundeswahlen, die Ende Oktober stattfinden, erreicht werden kann. Man erwartet, daß im Fall eines Sieges der Vereinigten australischen Partei die frühere großzügigere Einwanderungspolitik wieder angewendet werden wird. Dagegen besteht für den Fall eines Sieges der Arbeiterpartei keine Hoffnung auf Milderung der Einschränkungen.

Englisches Einwanderungsrecht

Was ist der Zweck ihrer Reise? Mit dieser Frage empfängt der englische Einwanderungsbeamte den Fremden. — Kein Visum ist nötig; auch keine Impfbescheinigung und kein Zeugnis über den Gesundheitszustand.

Wer bei früherer Gelegenheit schon derartige Papiere beizubringen hatte, empfindet wohltuend den Gegensatz. Später meint er allerdings vielleicht, daß das Verhör, dem er hier unterworfen wurde, das Gewirr von Fragen, dem er sich gegenüber sah, nicht unbedingt den Vorzug vor dem Gestrüpp von Formalitäten verdient, das sonst vor dem Ueberschreiten der Grenze zu überwinden ist.

Der Einreisende ist frei von hinderlichen Formalitäten, der Einwanderungsbeamte von ihn hemmenden Bestimmungen. Die Vorschriften, die vorhanden sind, lassen seinem Ermessen weiten Raum.

Die englische Gesetzgebung vermeidet Vorschriften, die den Maßnahmen der Verwaltung einen genau verzeichneten Weg weisen. Der deutsche Jurist, der sich mit englischen Bestimmungen öffentlich-rechtlicher Art befaßt, ist erstaunt, wie wenig feste und sichere Beschränkungen der Verwaltung sich in diesen Vorschriften finden. Der Verwaltung soll kein Hindernis in Gestalt von Vorschriften entgegengesetzt werden, die durch zu genaue Abgrenzungen lähmend wirken könnten.

Diese Einstellung, die ein hohes Vertrauen in die Erfahrenheit und Urteilsfähigkeit der mit der Sache betrauten Beamten voraussetzt, bildet einen wesentlichen Grund für das Fehlen von Einwanderungsformalitäten.

Hierzu kommt, daß England nicht für ein Einwanderungsland gehalten wird. Man geht davon aus, daß der Einreisende nur in seltenen Fällen ein Einwanderer ist. d. h. jemand, der seinen dauernden Aufenthalt in England nehmen will. Für die Behandlung vereinzelter Fälle ist nicht ein ausgearbeitetes System von Vorschriften nötig. Ueber sie wird am besten durch eine Zentralbehörde entschieden, die in den betreffenden Fällen von sich aus die wesentlichen Umstände festzulegen vermag.

Die Aufgabe des Einwanderungsbeamten besteht demgemäß bei wirklichen Einwanderungen darin, eine Vorprüfung vorzunehmen und diejenigen auszuscheiden, deren Einreise von vornherein als sicherlich unerwünscht anzusehen ist oder bei denen zu befürchten steht, daß sie sich späterhin der Entscheidung der Zentralbehörde entziehen und unrechtmäßig im Lande verbleiben werden.

In formeller Hinsicht ist der Aufgabenkreis des Einwanderungsbeamten nicht so beschränkt. Da er formell eine durchaus selbständige Entscheidungskraft hat, so kann er von sich aus eine unbeschränkte Einreisebewilligung erteilen, auf Grund deren der Betreffende unter Umständen Jahrzehnte lang rechtmäßig im Lande verbleiben kann. Eine solche Bewilligung kann jedoch jederzeit mit einer Beschränkung versehen werden. Dies kann insbesondere bei Gelegenheit der nach spätestens drei Monaten erforderlichen polizeilichen Registrierung geschehen. Die Wahrscheinlichkeit spricht aber keineswegs für die Vornahme eines solchen Verwaltungsaktes, so daß für einen Einwandernden, der an eine berufliche Betätigung nicht denkt, alles mit der Entscheidung des Einwanderungsbeamten völlig geregelt sein kann. Das gleiche gilt für den, der sich in England nur auf der Durchwanderung, zur Vorbereitung seiner Auswanderung in ein ferneres Land, aufhält.

Wer sich in England beruflich betätigen will, sei es selbständig oder als Arbeitnehmer, für den genügt die Einreisebewilligung des Einwanderungsbeamten nicht. Er muß eine weitere Erlaubnis der Zentralbehörde besitzen. Formell handelt es sich hierbei nicht mehr um Einwanderungs-, sondern um Fremdenpolizeirecht. Die Verquickung ist jedoch eine so enge, daß die praktische Handhabung eine formelle Scheidung vielfach nicht erkennen läßt.

Obwohl in der Regel nach einer günstigen Entscheidung des Einwanderungsbeamten erst ein Vorstadium erreicht ist, ist die von ihm vorgenommene Prüfung häufig eine recht eingehende. Einer der Gründe hierfür liegt darin, daß die ihm gegenüber gemachten Angaben gegebenenfalls im späteren Verfahren vor der Zentralbehörde herangezogen werden sollen. Die eingehende Prüfung gleich bei der Einreise ist für den neu ankommenden Fremden besonders dann wenig erwünscht, wenn seine Pläne noch keine feste Form angenommen haben. Weder wird er über viele Unterlagen verfügen, noch kann er genaue Einzelheiten darlegen. Ueberdies schwebt er in der Gefahr, daß bei einer Aenderung seiner Pläne später ein Widerspruch in seinen Angaben festgestellt wird. Der Frage des Einwanderungsbeamten nach dem Zweck der Reise und dem sich anschließenden Verhör muß daher große Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Entscheidung des Einwanderungsbeamten ist zwar nur als der Abschluß einer Vorprüfung anzusehen. Den vor ihm gemachten Angaben kommt jedoch eine weitere Bedeutung zu.

Im Verfahren vor den Zentralbehörden (Innenministerium, Arbeitsministerium) macht sich der heute leider in vielen Staaten befolgte Grundsatz geltend, eine berufliche Betätigung von Ausländern als in der Regel nicht erwünscht anzusehen. Man wird daher mit einer Genehmigung — auch für eine selbständige Tätigkeit — nur dann rechnen können, wenn sich das Vorliegen besonderer Gründe (überragende Fachkenntnisse, persönliche Exportbeziehungen u. dgl.) nachweisen läßt. *Dr. jur. Manfred Kantorowicz (London).*

Dreimal Tel Aviv

Neged ha Chalukkah:

Es ist etwas eigenes, eine Straßenaktion in Tel Aviv mitzumachen. Nirgends lernt man den Tel Aviver, wie er leibt und lebt, sich ärgert und lacht, besser kennen als auf der Straße. Am Sabbatabend spricht die „Allenby" eine beredte Sprache, und auch hier wird die „Politik des kleinen Tel Avivers" gemacht.

Wir verkaufen diesen Sabbatabend Abzeichen und Marken gegen die Teilung des Landes und gegen die Losreißung Jerusalems von Erez Israel. In einem dreieckigem Felde zeigt dieses Abzeichen eine schwörende rechte Hand mit der Klagemauer im Hintergrund. Rundherum steht in Ivrit der heute wieder aktuell gewordene Eid: „Wenn ich dein vergäße, Jeruschalaim ..."

Man müßte doch eigentlich meinen, daß jeder so ein Abzeichen kauft und damit seine Zugehörigkeit zu Erez Israel kundtut. Doch Tatsachen sollen sprechen:

In einem Restaurant. Der Betari kommt zum ersten Tisch. „Bitte kaufen Sie ein Abzeichen und helfen Sie dadurch unserer Aktion gegen die Teilung des Landes ...!" — „Ich bin für die Teilung", ertönt es hinter einem duftigen Saftbraten, und ein verärgerter roter Kopf taucht neben einer Weinflasche auf. Wie kann man einen auch nur bei einem so herrlichen Genuß mit so lächerlichen Kleinigkeiten wie der Teilung irgendeines Erez Israel stören. Sollen sie nur teilen, für einen Saftbraten wird immer noch Platz genug bleiben, wenn ihn auch ein arabischer Kellner serviert. — Mahlzeit!

In einem Geschäft. — „Gegen die Teilung kommen Sie?" — „Hören Sie mal, junger Mann, das überlassen wir schon unserem Weizmann, den haben wir nach Europa geschickt, und was der macht, das wird für uns schon gut sein. Die Teilung bringt uns doch den eigenen Staat, und Weizmann, oder der Meschiach wird uns schon noch a Stickele verschaffen, man muß nur fleißig sammeln für den Keren Kajemet ..."

Ein alter Jude. Typus russischer Einwanderer. „Die Teilung interessiert mich nicht, aber Jeruschalaim, das ist eine andere Sache, aber sagen Sie junger Mann, ist das eine Aktion für das alte oder das neue Jeruschalaim, Ihr versteht wegen der Klagemauer!" Man versichert ihm, es ist der Kampf um ganz Jerusalem, und befriedigt kauft er das Abzeichen.

Da stößt man auf einen fanatischen „Linken". Bebend vor Wut, erkennt er im Abzeichenverkäufer einen Betari. In seiner hellen Verzweiflung ruft er laut nach einem Polizisten. Denn hoffentlich ist diese Aktion „illegal", und da kann man ja wieder einmal einen Betari verhaften lassen. Sofort zeigt sich ein jüdischer Polizist in Zivil und legitimiert sich. Der Betari führt ihn und den Linken ruhig ans Licht und zeigt dem Polizisten das Abzeichen. Der Polizist liest die Aufschrift und fragt ruhig den Linken, ob er wisse, was auf dem Abzeichen steht. Verärgert der andere: „Bestimmt wieder so eine revisionistische Lüge!" — Daraufhin liest ihm der Polizist unseren heiligen Eid vor. — So schnell ist wohl noch kein Linker in einer Seitengasse untergetaucht. Der Polizist aber zieht einen Piaster aus der Tasche und kauft dem Betari ein Abzeichen ab ...

Boykott!:

An der Ecke der Nachlat Benjamin und der Schomerstraße stehen vor einem Eisengeschäft, von einer Menschenmasse umgeben, zwei Chaluzot mit Tafeln, auf denen das Publikum davon unterrichtet wird, daß in diesem jüdischen Geschäft arabische Waren verkauft werden. Verzweifelt und verstockt sitzt der Eigentümer dieser Stadtschande in seinem leeren Laden. Draußen wird die Menge immer lauter, und man hört schon hier und da Rufe nach Tätlichkeiten. Verschüchtert erscheint der Ladeninhaber und bietet den Chaluzot zwei Pfund für den Keren Kajemet an, wenn sie ihre Boykottposten verlassen. Aber keinerlei Manöver helfen ihm. Tel Aviv verlangt Tozeret ha Arez. Jüdische Produkte des jüdischen Landes. Wenigstens auf diesem Gebiete ist Erez Israel schon erwacht. Möge dieser Fall für alle eine Lehre sein und mögen keine weiteren Boykottposten mehr notwendig werden.

Die Unwissenden:

Es gibt bei den „Andern" ein Grüppchen „Sebolun, das sich mit der Seefahrt befaßt, oder gerne befassen möchte, denn mit einigen Ruderbooten kann man wohl schon nicht ins „ausländische" Jaffa rudern. Auch mit Fischerei befassen sie sich. Allerdings jetzt mit der Fischerei im Trüben.

Also dieses Grüppchen Sebolun hatte vor einigen Tagen im Hafen von Tel Aviv eine kleine intime Feier, bei der ein niedliches Schulschiff für die jüdische Handelsflotte eingeweiht wurde. Diesem erhabenen Anlaß war Jamfeier gewidmet. Die Tatsache allein kann aber unsere Gemüter bestimmt noch nicht zum Wallen bringen.

Interessant wird die ganze Angelegenheit für uns erst dann, wenn wir von der Stelle einer Rede erfahren, die einer der dort versammelten zukünftigen Sebolunadmirale hielt. Unter anderem führte er aus, daß wir leider das einzige Seevolk der Welt seien, das noch so wenig für seinen Kibbusch ha Jam, für die Eroberung seines Meeres, getan habe, und daß es den vereinten Bemühungen endlich gelingen müsse, ein großes Schulschiff für jüdische Marineschüler zu kaufen, da wir doch bis jetzt so etwas noch nicht haben.

Dieser arme Mann und sein armer Klub! — Wie bitter wird ihre Enttäuschung wohl am 8. September sein, da das jüdische Schulschiff „Sara I ..." des Betar kommen wird. Es wird bestimmt schwer sein, dieses Schiff zu übersehen, denn es ist heute mit seinen 800 Registertonnen das größte Segelschiff im Mittelmeer. Und sehr ärgern werden sich jene Herrschaften auch über die jüdischen Marinekadetten in ihren blauweißen Marineuniformen, denn so etwas gibt es doch laut Sebolungeschichte noch gar nicht. Und dabei kann man unmöglich von einer revisionistischen Demonstration gegen die machtvolle Kundgebung des Sebolun sprechen, denn, oh Schmach und Schande, diese jüdische Marineschule besteht schon seit über zwei Jahren.

Aber beruhigt Euch, Sebolunnen, es haben sich auch schon Staatsmänner und berühmte Chemieprofessoren geirrt. Fischt ruhig weiter im Trüben ...

Aber am Tage der Ankunft der „Sara I" fahrt recht weit weg von Tel Aviv, sonst verliert Ihr vielleicht noch den Glauben an Eure Führer ...

Dreimal haben wir nun Tel Aviv belauscht. Und notgedrungen erscheint es uns, daß ein großer Teil der armen schlafenden Tel Aviver bei der Sebolun eingeschrieben sei. Denn, wer glaubt, daß uns die Teilung Vorteile und Weizmann „noch a Stickele" bringen werden, der fischt genau so im Trüben, wie der jüdische Geschäftsmann, der sich jetzt schon die Handelsbeziehungen mit dem arabischen Staatsnachbarn sichern will und dafür unsere jüdischen Landesprodukte preisgibt. Sehr groß und schmutzig ist das Wasser, indem diese große Sebolunvereinigung fischt.

Seew ben Zwi.

Politische Notizen

Die Attacke der Arabischen Staaten im Völkerbundsrat gegen das Teilungsprojekt hat die Stimmung der Araber im Lande sehr gehoben und den Widerstand auch der „gemäßigten" Kreise gestärkt. Ueberhaupt ist bei Juden und Arabern eine gegensätzliche Entwicklung zu verzeichnen. Während der Jischuw unmittelbar nach der Veröffentlichung des Berichtes der Kgl. Kommission unter dem deprimierenden Eindruck des Projektes sich fast einmütig gegen die Teilung wandte, waren damals die gemäßigten arabischen Kreise (Nashashibi-Gruppe) zu einem Kompromiß bereit, verhielten sich jedenfalls abwartend. Im gleichen Maße jedoch, in dem die Führung des offiziellen Zionismus — an der Spitze Weizmann — sich bemühte, durch Stimmungsmache und Einschüchterung einen Umschwung zugunsten der Teilung bei den Juden durch den Beschluß des korrupten Parteikongresses in Zürich herbeizuführen, wuchs bei den Arabern der Widerstand gegen das Projekt und erfaßte schließlich alle Kreise. Je elastischer, nachgiebiger, „realpolitischer" die Haltung der Juden wurde, um so starrer, radikaler und unzugänglicher wurden die Araber und heute ist es so, daß die Araber sich auf der ganzen Front in Offensive gegen die Hergabe der 50 Prozent „ihres" Landes an die Juden befinden und den Juden bestenfalls Minderheitsrechte zuzubilligen gedenken, während die Jewish Agency mit allen Kräften darum ringt, das Teilungsprojekt an sich zu retten. Wer will bestreiten, daß der „Kampf" der zionistischen Exekutive heute nicht mehr um Erweiterung der Gebiete geht, sondern um die Rettung des Projektes überhaupt? — Wenn jetzt in Genf beschlossen wurde — eine neue Kommission auszurüsten, um mit Juden und Arabern über die Teilung zu verhandeln, so muß gefragt werden: wo sind denn die Araber, mit denen die Kommission verhandeln soll? Wir im Lande kennen sie nicht und es besteht Grund, anzunehmen, daß, nachdem die glorreiche Administration nicht verhindern konnte, daß die Wenigen, der Sympathie für das Teilungsprojekt Verdächtigen, von Terroristen umgebracht wurden, sich auch keine mehr finden werden. Um so mehr, da der Oberste arabische Nationalrat soeben beschlossen hat, diese Kommission zu boykottieren. Kein Wunder, daß der Korrespondent der „Mokattam" heute mitteilt, die palästinensischen Araber hätten „mit Spott" die Kunde der Entsendung einer neuen Kommission aufgenommen. „Kein Araber", berichtet der Korrespondent, „wird mit einer Kommission verhandeln, die nicht im Geiste der arabischen Forderungen arbeiten wird". Ein englischer höherer Beamter erklärte dem Korrespondenten gegenüber: „die Politiker seines Landes hätten wohl den Verstand verloren, wenn sie eine Kommission hersenden, die auf der Basis der Teilung verhandeln solle, da doch kein Zweifel besteht, daß die Araber sie boykottieren werden".

So herrlich weit hat uns die Züricher „Realpolitik" gebracht. Das Judenvolk wird's zu danken wissen.

★

Welche Aufgabe haben eigentlich höhere britische Militäroffiziere in Erez Israel? — Man könnte beinahe glauben, daß sie mit ihren Mannschaften dazu da sind, die Unruhen zu unterdrücken und dem blutigen Chaos im Lande ein Ende zu bereiten, hätte nicht das letzte Jahr bewiesen, daß sie dazu kein Talent oder keine Lust haben. (Vielleicht auch keine Instruktion?) Jedenfalls hat der Großteil der Offiziere sich neuerdings in — Diplomaten verwandelt und zieht tagein-tagaus durch die arabischen Dörfer und Siedlungen, um eine „diplomatische Sendung" durchzuführen. Die „Muchtars" (Oberhaupt des Dorfes) werden ersucht, die Offiziere zum Kaffee einzuladen, und in gastfreundlicher Behausung geht dann eine Volksbefragung vor sich in gemütlicher Weise. Wie die letzte Ernte war? Ob das Vieh sich vermehrt hat? Was sie über die Juden denken? Was ihre Meinung über die Teilung ist? u. s. fort. — Man kann sich denken, was in den Gemütern der primitiven Scheichs und Muchtars vor sich geht, wenn sie intim von dem höheren englischen Offizier befragt werden. Es wird ihnen ein Herzensbedürfnis, das, was sie unter „nationaler Haltung" vom Mufti vorgepredigt bekommen, vor dem „Anglisi" zu demonstrieren. Und so geben sie denn radikal und überschwänglich ihre Meinung gegen die Juden, gegen die Teilung usw. kund, da doch ihre Ansicht anscheinend bei dem „Anglisi" von Bedeutung ist. Höflich dankt der Offizier für den Kaffee und zieht, seine diplomatische Mission erfüllt, befriedigt ins nächste Dorf, wo dasselbe Gesellschaftsspiel vor sich geht. — Ringsherum wird das Land von einem Meer von Raub und Terror überschwemmt — der hohe Offizier hat keine Zeit, sich darum zu kümmern, er hat „Diplomat" zu spielen. In diesem Lande hört man auf, sich zu wundern.

★

Der Emir Abdalla in Transjordanien, dessen Königs-Aspirationen ihm seine positive Stellung — trotz Dementis — zum Teilungsprojekt aufzwingen, hat es nicht leicht. Nicht nur, daß die 200 000 halbwilden Untertanen in seinem Territorium, — doppelt so groß wie Belgien — nicht ausreichen, sein Herrschbedürfnis zu befriedigen; auch die Staatseinnahmen bringen nicht die Summe ein, die nötig ist, um standesgemäß Hof halten zu können. Zwar stopft England immer nach, aber das geht alles wie durch ein Sieb. Daher lockt das Königreich und die Königskrone des Landes Juda und Israel sehr, denn das wäre immerhin eine Möglichkeit, auf Grund der jüdischen Tribute — die im Peel-Bericht bekanntlich vorgesehen sind — sein standesgemäßes Auskommen zu finden. Was soll man nun aber dazu sagen, wenn die wenigen Gebildeten und Halbgebildeten im Staate des Emirs ihrem armen Herrscher dieses nicht gönnen wollen und es mit dem Mufti von Jerusalem halten? Als die arabische Konferenz für die „Rettung Palästinas" in Blodan einberufen wurde, fuhren eine Anzahl dieser Elemente schnurstracks hin, protestierten gegen das Teilungsprojekt und das „Königreich Abdalla" und benahmen sich überhaupt sehr illegal. Aber kaum hatten sie die Heimatgrenze überschritten, als der Emir ihnen zeigte, was eine Harke ist. Er nahm sie am Schlafittchen und verbannte sie in entferntere Gegenden, wo sie nicht mehr gefährlich werden können. Jetzt schwirren Gerüchte von Attentaten und Anschlägen auf den Emir, der sich überhaupt großer Beliebtheit bei seinen Untergebenen zu erfreuen scheint. Jedenfalls: die Königskrone glitzert — aber noch von sehr fern.

Konjunktursymptome

Ungeachtet des augenblicklich nach außen weithin sichtbaren Tiefstandes in der Wirtschaft des jüdischen Palästina beginnen sich unter der Oberfläche Kräfte zu regen, die darauf schließen lassen, daß eine Besserung der ökonomischen Lage in absehbarer Zeit bevorsteht. Der Glaube an den Aufschwung beherrscht vielmehr die in der Wirtschaft maßgebenden Persönlichkeiten als die breite Oeffentlichkeit und die Zuversicht auf gute Zeiten ist so stark, daß die kommende Epoche bereits einen Namen erhalten hat. Man spricht in unterrichteten Kreisen von einem „Peel-Boom" als einer unumstößlichen Tatsache. Die Lage ist noch zu ungeklärt, um sagen zu können, daß die kommende Konjunktur das Ausmaß der von 1933 annehmen wird. Eine Belebung wird und kann auch nicht ausbleiben, weil eine Reihe politischer Notwendigkeiten eine Aktivität der jüdischen Kolonisation auf landwirtschaftlichem Gebiet und einer verstärkten Investitionstätigkeit auf industriellem Gebiet bedingen.

Heute schon läßt sich im Norden Palästinas, der den Juden bei der Teilung zugesprochen werden wird, ein Aufleben des Bodengeschäftes feststellen. Die neue Tendenz in der Landwirtschaft weist auf die Erfahrungen von Naharia hin, wo Emigranten aus Deutschland intensive Landwirtschaft betreiben. Diese wird demnächst durch ein ähnliches Unternehmen der von den zionistischen Institutionen unterstützten Siedlungsgesellschaft „Rasco" nicht weit von Naharia fortgesetzt werden. Die Besiedelung des Nordens wird sich wahrscheinlich nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen vollziehen, anders als in Galiläa, wo die jüdische Siedlung, von Ausnahmen abgesehen, durch die Kwuzot und Kibbuzim ein mehr kollektivistisches Gepräge hat. In welchem Ausmaße und in welchem Tempo sich die Emigration in diesem fruchtbarsten Teil Palästinas vollziehen wird, hängt in erster Linie von den für den Bodenkauf und die Installation der Siedler verfügbaren öffentlichen und privaten Mitteln und zum nicht geringen Teil davon ab, ob mit den arabischen Besitzern des Bodens eine Verständigung über die Verteilung der Flächen erzielt werden wird, denn gerade in dieser Gegend dürfte das Verlangen der ansässigen arabischen Bevölkerung nach Umsiedlung nicht sehr groß sein. Voraussetzungen zu einer gütlichen Verständigung sind vorhanden, weil das in arabischem Besitz befindliche Gebiet, seines Wasserreichtums wegen, eine Verkleinerung erlaubt. Ein Vorgang ähnlicher Art hat sich vor einigen Jahren in der Zitruswirtschaft Palästinas abgespielt und eine reibungslose Verschiebung in den Landbesitzverhältnissen zur Folge gehabt, ohne daß die ansässige Bevölkerung irgendwelche Nachteile, sondern im Gegenteil Vorteile gehabt hat. Durch die Abgabe von Teilen ihres Besitzes sind die Eigentümer imstand gewesen, sich zu entschulden und eigene Mittel zur besseren Ausnützung des Restes nach jüdischem Beispiel zu verwenden. Falls sich ein ähnlicher Prozeß in Nord-Palästina vollzieht, kann damit gerechnet werden, daß sich hier eine Gemüsewirtschaft entwickelt, die nicht nur für das Land selbst, sondern für die Stellung Palästinas auf dem Weltmarkte eine ähnliche Bedeutung erhält wie die Zitruswirtschaft.

Bei vorsichtiger Schätzung werden sich in diesem Bezirk allein in der Landwirtschaft 30 000—40 000 Menschen in einer verhältnismäßig kurzen Zeit unterbringen lassen. Eine Menschenzufuhr dieses Umfanges läßt nach den bisherigen Erfahrungen auf eine prosperity von längerer Zeit schließen, namentlich dann, wenn ihre Installierung mit größerer Planmäßigkeit und Uebersicht erfolgt, als es bei der letzten Alija der Fall war.

Im Aufbau der Industrie sind gleichfalls Impulse, wenn auch nicht in einer so großen Dimension, zu erwarten. Eine Reihe von Anzeichen spricht dafür, daß starkes englisches Interesse nicht bloß an einer Stabilisierung, sondern auch an einer Expansion der Industrie von Jüdisch-Palästina besteht, die sich auf die kriegswirtschaftlichen Bedürfnisse des British Empire einstellt. Ein Teil der heute notleidenden Unternehmungen in der Haifa-Bay dürfte schon in kurzem aus diesen Erwägungen heraus saniert und sogar vergrößert werden. Es heißt, daß englische Experten bereits seit einigen Wochen mit Untersuchungen dieser Art an Ort und Stelle beschäftigt sind. Das nach Anlage suchende jüdische Kapital beginnt bereits neue Investitionen unter diesem Gesichts-

punkt zu erwägen. In diesem Zusammenhang verdichten sich unter anderem die seit langem kursierenden Gerüchte vom Bau einer Fabrik zur Herstellung von Automobilreifen und anderen Gummiartikeln in der Nähe der libanesischen Grenze, die ihre Tätigkeit mit einer Belegschaft von einigen hundert Mann beginnen soll.

Da die Einwanderer ihrer Herkunft nach zum größten Teil aus Ländern mit Devisenbeschränkungen kommen dürften, wird ein wesentlicher Teil ihres Bodens auf dem Transferweg bezogen werden müssen, wenigstens so weit es sich um Standardprodukte, wie Holz, Baumaterial und Eisen handelt, aber ein belebter Markt wird trotzdem noch Möglichkeiten für andere Erzeugnisse eröffnen, namentlich dann, wenn es gelingt, den Absatz durch eine geschickte Kredit- und Beteiligungspolitik zu fördern. Jedenfalls ist die wirtschaftliche Lage Palästinas heute derart, daß es sich wieder einmal der Mühe lohnt, ihr ein genaues Studium zu widmen, um rechtzeitig zur Stelle zu sein, wenn der Kampf um den Anteil an einer neuen Epoche des palästinensischen Aufbaus wieder eingesetzt hat.

Neuauflage des palästinensischen Zollgesetzes und Zolltarifs

Die komplizierte Materie wurde in der Neuauflage übersichtlicher gestaltet. Das Zollgesetz ist die Grundlage der Verwaltung und Regelung des Zollwesens und umfaßt alle in Palästina in Geltung stehenden, das Zollwesen betreffenden Gesetze und Durchführungsvorschriften. Das Zolltarifgesetz enthält 345 Positionen zollpflichtiger und 196 Positionen zollbefreiter Waren. Die im Zolltarif angeführten Zollsätze finden auf Waren aller Herkunft Anwendung, soweit nicht eine gegenteilige Bestimmung vorgesehen ist. Derzeit bestehen bloß mit Syrien und Transjordanien besondere Vereinbarungen. Die Zölle sind teils Wert-, teils spezifische Zölle.

Arabische Einheitsfront gegen die neue Palästina-Kommission

Jerusalem. Der Jerusalemer Berichterstatter der Kairoer Tageszeitung „El Mokattam" weist auf Grund der Aeußerung eines Mitgliedes des Obersten Arabischen Komitees abermals darauf hin, daß die neue britische Palästinakommission von den Arabern boykottiert werden dürfte. Angeblich soll auch ein hoher britischer Beamter den Vorschlag der Entsendung einer neuen Kommission als lächerlich bezeichnet haben, weil damit eine irrige Politik fortgesetzt werde.

Der Sachverständige für arabische Politik, Emin es Said, bezeichnet in demselben Blatt die Reden des ägyptischen und des irakischen Vertreters im Völkerbund als ein bedeutsames Ereignis in der Völkerbundsgeschichte. Die Erklärung des ägyptischen Außenministers sei der erste Beitrag des Vertreters Aegyptens zu einer Diskussion im Völkerbund und gleichzeitig die erste ablehnende Aeußerung eines Mitgliedsstaates des Völkerbundes zum Teilungsplan gewesen. Aegypten habe damit zum erstenmal öffentlich einen arabischen Staat unterstützt und damit seine Verknüpfung mit der arabischen Bewegung bekundet. Der Verfasser fügt hinzu, daß zwischen den Regierungen in Kairo und Bagdad Besprechungen zur Sicherung einer Einheitsfront in der Palästinafrage stattgefunden hätten. Dies sei auch aus den einleitenden Worten der Delegierten des Irak zu ersehen gewesen, in denen er sich für die Erklärung des ägyptischen Außenministers aussprach.

„Felestin" berichtet, daß eine Gruppe von Jugendlichen in Damaskus einen Protest gegen die Erklärung von Oberst Beck im Völkerbundsrat dem polnischen Konsul in Damaskus übergeben habe. In arabischen Handelskreisen spreche man von der Möglichkeit eines Abbruchs der Handelsbeziehungen mit Polen, um auf diese Weise die Unzufriedenheit der Araber mit der Unterstützung der jüdischen Palästinapolitik durch Polen zum Ausdruck zu bringen.

An der letzten Sitzung des Obersten Arabischen Komitees hat auch der von einer Auslandsreise zurückgekehrte Bürgermeister von Jerusalem, Dr. Hussein Khalidi, teilgenommen.

Aus dem arabischen Lager

Verschwörung in Transjordanien aufgedeckt

Jerusalem. Die Beobachtung der verstärkten Tätigkeit der transjordanischen Opposition hat, wie aus Amman gemeldet wird, zur Aufdeckung einer Verschwörung gegen das Leben Emir Abdullas, des Kammondanten des transjordanischen Grenzkorps, Pik Pascha, des britischen Vertreters, Captain Glubb, und des Ministerpräsidenten Ibrahim el Haschem geführt. In dem Auto des Emirs ist eine Bombe gefunden worden. Haussuchungen förderten weitere Bomben und Waffen zutage. Führer der Opposition, unter ihnen der Leiter der transjordanischen Zweigstelle der Arabischen Bank, wurden verhaftet und verbannt. Die Untersuchung gegen einen der Hauptbeschuldigten ergab, daß er einen Preis von 250 Pfund für die Ermordung der führenden transjordanischen Persönlichkeiten ausgesetzt hat. Im Laufe der Untersuchung soll auch der frühere Bürgermeister von Jerusalem, Ragheb Bey Nashashibi, vernommen werden.

In einem Polizeikommuniqué wird bekannt gegeben, daß zwei arabische Hirten, die ihre Herden auf dem Gebiet der jüdischen Siedlung Hassade bei Beisan weiden ließen, beschossen und verwundet worden sind. Der jüdische Hilfspolizist der Siedlung wurde später wegen angeblicher Mitschuld verhaftet.

Die arabische Zeitung „A Difaa" meldet, daß im Monat Juli von der Polizei in den Dörfern um Jerusalem 236 Gewehre, 19 Jagdgewehre, 137 Revolver und 650 Patronen beschlagnahmt worden sind. In Tel Aviv ist ein Revolver eingezogen worden.

Der Ministerpräsident des Irak hat an die Syrische Regierung ein Schreiben gerichtet. Er fordert sie darin auf, sich dem Viererbund der asiatischen Staaten, der Türkei, des Irak, Irans und Saudi-Arabiens, anzuschließen.

Die frühere Kaiserin von Abessinien ist in ein koptisches Kloster in Jerusalem eingetreten. Sie folgte damit der überlieferten Sitte, daß die Gattin eines verstorbenen oder entthronten abessinischen Herrschers sich in ein Kloster zurückzuziehen hat.

Ueber vierzig arabische Orangen-Exporteure, die Verträge mit jüdischen Pflanzern geschlossen haben, sind von einem Geheimverband unter Todesdrohung aufgefordert worden, die Verträge rückgängig zu machen. Mehrere Exporteure haben an ihren Wohnungseingängen Bomben und Revolverpatronen gefunden.

Kurz berichtet

Es ist jetzt möglich, auch Umzugsgüter in dem Hafen Tel Aviv auszuladen und auch Liftvans mit Umzugsgut bis zu einem Gewicht von 5000 kg pro Stück.

Ueber 62 000 Pfund Defizit der Palästina-Regierung

Jerusalem. Wie amtlich bekanntgegeben wird, hat das letzte Finanzjahr der Palästinaverwaltung mit einem Defizit von 62 000 Pfund abgeschlossen. Der Ausfall wurde aus dem bis dahin angesammelten Ueberschuß gedeckt.

Der Voranschlag für das Finanzjahr 1937/38 sieht Einnahmen in der Höhe von 5 014 909 und Ausgaben in der Höhe von 5 077 169 Pfund vor. Von den Ausgaben entfallen 819 000 Pfund auf Polizei und Gefängnisse, 187 000 Pfund auf das transjordanische Grenzkorps und 351 250 Pfund auf Landesverteidigung.

Bei den Trauerfeiern, die anläßlich des Todes des ersten tschechoslowakischen Präsidenten, Thomas G. Masaryk, in einer Reihe palästinensischer Städte und Siedlungen stattfanden, wurde eine Resolution angenommen, in der die Gründung einer neuen Siedlung gefordert wird, die den Namen Masaryks tragen soll. Die Siedlung soll von Einwanderern aus der Tschechoslowakei geschaffen werden. Ferner hat der Stadtrat von Tel Aviv beschlossen, eine der Hauptstraßen nach Masaryk zu benennen. Die vom Makkabi-Weltverband gegründete Siedlung Kfar Hamakkabi hat beschlossen, ein neues Kulturhaus zu errichten, das den Namen des verstorbenen ersten Staatspräsidenten der Tschechoslowakei, Thomas G. Masaryk, tragen soll.

Der Kampf gegen das Prinzip der „offenen Tür" in Palästina

Die Zentrale des Verbandes der jüdischen Kolonisten hat eine Beratung über die Schritte abgehalten, die von einer Abordnung des Verbandes im Ausland unternommen worden sind, um eine Abänderung des Artikel 18 des Palästinamandates herbeizuführen, durch die das Prinzip der offenen Tür in Palästina eingeführt worden war. Es ist zur Kenntnis genommen, daß die Mandatskommission der von dem Vorsitzenden des Kolonistenverbandes, Mosche Smilansky, in dieser Sache unterbreiteten Petition grundsätzlich zugestimmt hat. Es wurde beschlossen, an den Präsidenten der Jewish Agency, Dr. Weizmann, ein Telegramm zu schicken und ihn zu bitten, darauf hinzuwirken, daß der Völkerbundsrat sich den Standpunkt der Mandatskommission in dieser Frage zu eigen mache. Auch der Waad Leumi wurde aufgefordert, sich in dieser Angelegenheit telegraphisch an Dr. Weizmann zu wenden.

Amtlich wird bekanntgegeben, daß die Palästinaregierung Vorbereitungen zur Durchführung der Vorschläge der Kgl. Kommission über die wasserwirtschaftliche Erschließung Palästinas und Transjordaniens getroffen hat. Es sollen Bewässerungsmöglichkeiten und die weitere Nutzbarmachung der Wasservorräte untersucht werden. Die Untersuchungen werden sich auf den Kreis Beer Scheba und das Jordantal in Palästina sowie auf gewisse Gebiete in Transjordanien erstrecken. Für die Forschungsarbeiten in Palästina wurden von der Regierung 50 000, für die Arbeiten in Transjordanien 30 000 Pfund zur Verfügung gestellt.

Ausbau der Tiberias-Quellen als Heilbäder

Nach Zeitungsmeldungen aus Jerusalem ist mit dem Ausbau der Tiberias-Quellen nach den Plänen des Direktors der Marienbader Badehäuser, Ing. Doberauer, begonnen worden. Ing. Doberauer ist im vergangenen Jahre von der Mandatsregierung nach Tiberias berufen worden, um die Pläne für eine Auswertung der Tiberias-Quellen zur Heilung rheumatischer Erkrankungen zu entwerfen. Zu einer solchen Auswertung hat die Tiberias Hot Springs Ltd., die das im staatlichen Besitz befindliche Quellengebiet auf vierzig Jahre gepachtet hat, ein Anfangskapital von 40 000 Pfund bereitgestellt. Nach den Plänen von Ing. Doberauer, die vom High Commissioner genehmigt worden sind, ist der Bau von zwei großen, mit allem badetechnischen Komfort und modernen hydrotherapeutischen Behelfen ausgestatteten Badehäusern vorgesehen. Das eine Badehaus wird durch eine große Wandelhalle mit einem ebenfalls neu erbauten Großhotel verbunden werden. Neben der Badekur wird zur Heilung von Stoffwechselkrankheiten auch eine Trinkkur betrieben werden.

Die Jüdische Telegraphen-Agentur erfährt von einem in Wien weilenden Mitglied des Palästina-Orchesters, daß die im Ausland befindlichen Mitglieder des Orchesters telegraphisch verständigt worden sind, daß am 3. Oktober die Proben zu den Orchesterkonzerten unter Leitung Toscaninis und Teilnahme von Bronislav Huberman beginnen. Bei dem ersten Konzert in Tel Aviv soll Huberman das Beethoven-Konzert spielen. Die Opernsängerin Rose Pauly, die bei den Festspielen in Salzburg einen großen Erfolg hatte, ist von Toscanini für die Palästinakonzerte verpflichtet worden. Rose Pauly ist Jüdin.

Einsetzung der neuen Palästina-Kommission nicht vor Ende Oktober

Wie die Jüdische Telegraphen-Agentur von maßgebender Seite erfährt, soll die neue Palästinakommission, die nach den vom Völkerbund gebilligten Vorschlägen des Außenministers Eden in Palästina auf Grund von Verhandlungen mit Arabern und Juden bestrebt sein wird, einen neuen, für alle Beteiligten annehmbaren Teilungsplan auszuarbeiten, nicht vor Ende Oktober eingesetzt werden. In amtlichen Kreisen herrscht die Ansicht vor, daß in dieser Sache nicht mit besonderer Eile vorgegangen werden soll. Vielmehr will man erst alle technischen Vorarbeiten gründlich erledigen. Die vor einiger Zeit verbreitete Meldung, daß einige Mitglieder der Kgl. Palästinakommission auch der neuen Kommission angehören werden, wird halbamtlich bestätigt. Man hält dies für notwendig, damit nicht die aus unmittelbarer Anschauung von den Mitgliedern der Peel-Kommission gewonnene Kenntnis der Dinge bei der Arbeit der neuen Kommission unausgenutzt bleibe.

Verkehrsnetz der Palestine Airways wird ausgedehnt

Die Gesellschaft „Palestine Airways" beabsichtigt, in nächster Zeit eine neue Luftverkehrslinie zwischen Jerusalem und Haifa zu eröffnen. Außerdem sollen Verbindungen zwischen den großen Städten und entlegenen Ortschaften in Galiläa und am Tiberias-See hergestellt werden.

Der Export von Zitrusfrüchten in der bevorstehenden Saison wird auf knapp 11 Millionen Kisten geschätzt. Die Absatzmöglichkeiten im Ausland werden im allgemeinen günstig beurteilt. Wenn der Hafen von Tel Aviv für die nächste Saison technisch entsprechend ausgestaltet wird, werden dort etwa 2 Millionen Kisten verladen werden können.

Am 6. Oktober tritt die Habima in Begleitung führender Persönlichkeiten des Jischuw eine Europa-Tournee an. Anläßlich der bevorstehenden Abreise der Truppe veranstalteten der Waad Leumi und der Keren Hajessod ihr zu Ehren einen Abschiedsabend.

Araber haben versucht, in das Grabmal des Rabbi Meir Baal Heness in Meron einzudringen. Die Angreifer gaben auf den Wächter des Grabmals Schüsse ab, wurden jedoch von diesem vertrieben.

An den ersten und letzten Sukkotfeiertagen haben etwa 8000 Beter die Klagemauer in Jerusalem besucht. Es ist zu keinerlei Zwischenfällen gekommen.

In der Sukkot-Woche hat der 115 Mitglieder zählende Verband der Schomrim Palästinas in der Kolonie Natania sein erstes Treffen abgehalten. Das Treffen gestaltete sich zu einem allgemeinen Volksfest, an dem Gäste aus dem ganzen Lande, darunter auch Araber aus den Nachbardörfern, teilnahmen. Eine besondere Note erhielt das Fest durch die Teilnahme der Matrosen des jüdischen Schulschiffes „Sara I" und von zwei Flugzeugen der Palestine Airways, die während der Veranstaltung über der Kolonie kreisten. Der Vorsitzende wies in der Eröffnungsrede auf die schwierigen Aufgaben hin, die die Schomrim während der letzten blutigen Jahre zu erfüllen gehabt haben. Anläßlich des Treffens fand ein großer Aufmarsch in den Straßen der Kolonie und ein Pferderennen statt, an dem auch mehrere Araber teilnahmen.

Aus Tel Aviv wird gemeldet, daß die für 1938 geplante Levante-Messe mit Rücksicht auf die Unsicherheit über die politische Zukunft Palästinas bis zum Jahre 1939 verschoben werden soll.

Einweihung der neuen Marinefahne

Am 7. Tischri 5698, in den Tagen der Ungewißheit und Besorgnis unseres Landes, hat sich in Tel Aviv eine Feier abgespielt, die unbedingt ausführlich festgehalten zu werden verdient, weil sie ein einmaliges Ereignis in unserer neueren Geschichte darstellt: die Einführung und Einweihung der Nationalen Jüdischen Marinefahne.

Bis vor wenig Jahren war es allen klar, daß dies ganze Land als Mandatsgebiet für ein Nationalheim des Jüdischen Volkes verwaltet werden müsse, daß der Begriff „Paleschtina Ai" (= Philisterland) unsinnig und unangebracht sei und daß der politische Zionismus Herzls zum Judenstaat des souveränen Judenvolkes führe. (Welch letztere Konzeption heute wieder von der Weltöffentlichkeit akzeptiert wird — im Prinzip). Selbst die englischen und die internationalen Schiffahrtsatlanten und offiziellen Flaggentafeln haben erst vor wenig Jahren aufgehört, für dies Land als die Nationalfahne die zionistische zu verzeichnen — sogar für das „Palestina" benannte Land —, und bestimmte Staaten, beispielsweise Japan, hatten sich geweigert — dies geschah in Haifa — eine andere Flagge in unseren Landeshäfen zu hissen. Es gab Streitigkeiten, die zionistische Oeffentlichkeit vernachlässigte dies staatspolitisch eminent wichtige Problem und bagatellisierte es, und unglücklicherweise haben wir es diesen Instanzen und dem jüdischen Dampfer „Tel Aviv" zu verdanken gehabt, daß als die Schiffahrtsfahne unseres Landes eine rein englische, mit dem Union-Jack und mit dem englisch-philistäischen Worte „Palestine" in einem Kreise, eingeführt wurde, ohne jeden Hinweis auf das jüdische Hauptgewicht des Mandates. — Dies zur Vorgeschichte des politisch bedeutsamen Ereignisses von Tel Aviv.

Blicken wir aber in normale Epochen zurück, so sehen wir, daß, angefangen in den Zeiten von Schlomo Hamelech, unsere Flotte auf den damalig befahrenen Meeren ruhmreich bekannt war. Schimeon der Makkabäer in späterer Zeit, und die nachfolgenden Herrscher des Makkabäergeschlechts machten sich um die nationale Seefahrt, die Hafenanlagen, die Flotten, verdient, später die Fürsten aus dem Idumäerhause, und in der Römerzeit hat unsere Kriegsflotte den Eroberern sehr schwer zu schaffen gemacht. Bis ins Mittelalter hinein spielte das jüdische Element in der Weltschiffahrt noch eine Rolle, naturgegeben aber nicht im staatlichen Sinne, sondern in volkhaft bedeutungsloserer Surrogatform, wie jede Leistung der Galut.

Anknüpfen an die Zeit der Makkabäer will nun die neue Epoche, die unserer Seefahrt bevorsteht, und den Anlaß gab der Besuch des ersten jüdischen Schulschiffes, des größten Segelbootes des Mittelmeeres, „Sarah haRischona", das aus Civitavecchia zur ersten Fahrt nach Erez Jisrael gekommen war. Dies Marineschulschiff, von 62 m Länge, 11,52 m Breite und (vom Kiel zur Mastspitze) 34 m Höhe (mit einem Tiefgang von 3,50 m), ist ein Viermaster mit zwei Motoren von 200 PS und einer Größe von etwa 1000 Tonnen. Seine Geschichte ist interessant: in den Vereinigten Staaten von Amerika von Admiral Goyo konstruiert — er benutzte das Schiff als Yacht — machte es unter dem Namen „Four Winds" zwei Weltumsegelungen und umschiffte elfmal das Kap der Guten Hoffnung. Als es unter italienische Flagge kam, wurde es „Quattro Venti" genannt und wurde 1934 durch die Marineschule des Betar in Civitavecchia, durch den Keren Tel Chai und den Gönner Kirschner, Präsident der Agudat Jedidij ha Sapanut Haiwrit be Zerfat, erworben. Es erhielt, seinem Namen gemäß, die symbolische Aufgabe, aus allen „Vier Winden" die Juden zur Eroberung des Meeres zu sammeln. Als „Sarah ha Rischonah" wurde das Schiff die Mutter der jüdischen Schiffahrt, steht dem Marinedepartement des Schilton Betar zur Verfügung und lehrt Juden aller Länder praktische Schiffahrt in all ihren Teilen.

Technisch wurde in zäher Arbeit der Umfang der maritimen Leistungen immer mehr und mehr ausgebaut, bis vor kurzem ohne gebührendes Verständnis der jüdischen Oeffentlichkeit. Nassi Jabotinsky war der Mann, der als erster intensiv die Idee der Eroberung des Meeres unter den

übten, welchen ich ausgesetzt war und welche weit über den Rahmen des Sportlichen hinausgingen, auf die Dauer unerträglich geworden...

Ich war immer und ich werde auch stets ein guter Rumäne bleiben, aber — ich habe mich damals erinnert, daß ich noch ein Vaterland habe: Palästina!" —

„Aber ich habe doch gehört, daß Sie sich jetzt in Aegypten niedergelassen haben!?"

„Gerne wäre ich in Palästina geblieben", meinte Motzi nachdenklich, „denn ich hatte ja die Absicht, dort eine Boxschule zu gründen. Und ich habe geglaubt, daß mein Name und meine Vergangenheit mich zu diesem Vorhaben berechtigen würden. Ich glaubte ferner, daß das Boxen die beste Schule zur Entwicklung von Mut und stolzer Haltung innerhalb der jüdischen Jugend in Palästina sein würde, eine unbedingt notwendige Sache in einem Lande, das im Aufbau begriffen ist. Aber — man hat mich nicht verstehen wollen. Die Leute, mit denen ich verhandelt habe, erklärten, daß ich tagsüber in einer Fabrik arbeiten müsse und nur abends meine Tätigkeit als Boxlehrer ausüben könne. Niemand wird mich verurteilen können, weil ich diesen Vorschlag nicht annehmen konnte. Nicht allein, daß man mir einen solchen unannehmbaren Vorschlag gemacht hat, es haben sich sogar Leute gefunden, die es für nötig befunden haben, mir Schwierigkeiten jeder Art zu machen. Dieses und vieles andere, was ich dort sah, hat mich sehr deprimiert und ich habe mich gefragt: wie ist dies möglich in einem Lande, von dem ich immer geglaubt habe, daß es mein Vaterland ist, und daß ich letzten Endes dort hingehöre..."

Ohne Zweifel sind die Aeußerungen Motzi Spakows sehr interessant und man könnte wirklich wesentliche Schlüsse hieraus ziehen, insbesondere aber aus seinen letzten Worten.

★

Am 4. September fand der Titelkampf zwischen Spakow und Scherbanescu statt. Spakow war in glänzender Form und sein Gegner mußte bereits in der dritten Runde mehrmals zu Boden gehen. Der Kampf sollte über 15 Runden gehen. Leider traf unseren Freund Spakow in der fünften Runde ein arges Mißgeschick. Bei einem Fehlschlag stürzte er und brach die linke Hand. Doch Motzi gab noch nicht auf, er kämpfte mit — einer Faust weiter — bis zur sechsten Runde. Dann merkte er doch, daß es unmöglich war und hob die rechte Hand zum Zeichen der Aufgabe...

„Das hatten wir in unseren schlimmsten Befürchtungen nicht erwartet, daß..."

Wenn im Jahre 1937 eine in Deutschland erscheinende jüdische Zeitung einen Artikel mit den Worten beginnt:

> „Das hatten wir in unseren schlimmsten Befürchtungen nicht erwartet, daß...",

ja, was mag das sein, was heutzutage die Juden in Deutschland in ihren schlimmsten Befürchtungen nicht erwartet hatten! Ist es das unmögliche Palästina-Teilungsprojekt, das alle unsere Hoffnungen zuschanden werden ließ? Ist es eine neue Nachricht über Judennot und Judenelend irgendwo in der Welt? Ach nein, es ist etwas ganz anderes. Wir lesen in der Nr. 39 des „Schild" vom 24. 9. 37:

> „Das hätten wir in unseren schlimmsten Befürchtungen nicht erwartet, daß der Verbandskampf im Boxen zwischen dem Westdeutschen Schild und Makkabi mit einer derartig haushohen Packung enden würde. 15:1 in acht Kämpfen!..."

Wir haben uns wieder beruhigt.

Die Jüdische Sport-Gemeinschaft 1933 E. V. beabsichtigt, ihren Turnabteilungen Fechtriegen (Florett, leichter Säbel usw.) anzugliedern. Interessenten bitten wir, sich bei der Geschäftsstelle der Jüdischen Sport-Gemeinschaft 1933 E. V., Berlin C 2, Neue Promenade 3, Tel.: 42 26 23, zu melden.

Das nationale Judentum antwortet der Welt

Dunkle Gewitterwolken ballen sich seit Jahren und Monaten am politischen Horizont der Völker zusammen. Fernes Donnergrollen kann der aufmerksame Beobachter aus der Presse der Völker hören. Vor den Augen der gesamten Menschheit spielt sich ein gigantisches Ringen zweier Weltanschauungen ab, welches sogar auf einigen Plätzen der Erde Hekatomben von Menschenopfern bereits gefordert hat. Es geht um Sein und Nichtsein der Menschheit, um deren letzten Sinn und Zweck, um Barbarei oder Kultur, um Untergang oder Wiederauferstehung, vielleicht sogar um eine neue Menschheitsschöpfung. Der Zeiger der Weltenuhr hat eine neue Stunde begonnen.

In dieser entscheidungsvollen Menschheitsstunde richten die Völker der Erde ihre Scheinwerfer auf das in alle Windrichtungen zerstreute kleine Volk der Juden und richten dringlicher denn je in den letzten zweitausend Jahren ganz bestimmte Fragen an uns, von deren Beantwortung das Schicksal des jüdischen Volkes auf Gedeih und Verderben abhängt. Diese Fragen lauten kurz und bestimmt: „Entscheidet euch, zeigt uns euer wahres Gesicht! Steht ihr auf dem nationalen Standpunkt? Hat die Religion noch die alte Stellung bei euch?"

So klar und bündig diese Fragen an uns gerichtet sind, so klar und bestimmt soll auch unesre Antwort sein. Zunächst möchten wir betonen, daß diese drei Fragen für uns einen einzigen zusammenhängenden Komplex bilden und seine Beantwortung die Antwort auf die drei einzelnen Fragen ist.

Schon das Wort Jude bezeichnet eine unzertrennliche Einheit von Nationalem und Religiösem, welche gewissermaßen die Pole zur Auslösung des Volkssozialen sind. Ein jüdischer Mensch kann daher nur ein völkischer Mensch sein und sich zum internationalen Völkerbrei verhalten wie Feuer zu Wasser. Das eine schließt das andere aus!

Wir verwahren uns daher mit aller Energie gegen Menschen, die sich dazu berufen fühlen, Wortführer der Judenheit zu sein, indem sie entweder nur das Religiöse betonen und das Nationale ableugnen oder umgekehrt, das Nationale zum Postulat erheben und das Religiöse für abgetan erklären, oder gar gegen solche, die die Fiktion vertreten, daß Juden eine Sektion des internationalen Sozialismus bilden (müßten) und das Religiöse und Nationale aus ihren Reihen ausrotten müßten!!!

Während wir in den beiden ersten Gruppen die halben Juden sehen und gegen sie kämpfen, betrachten wir die letzte Gruppe als unsere Totengräber und Feinde, die wir mit aller uns zu Gebote stehenden Kraft so lange bekämpfen, bis sie das Feld geräumt haben werden. Der jüdische Mensch ist religiös, ob er will oder nicht, weil sein Blut und sein Geist Blut und Geist vom Körper seines Volkes sind, welches als höchstes Nationalgut die Tora sein nennt. Das ist ja gerade das Unfaßbare und Einmalige unter den Völkern der Erde, daß Judentum und Judenheit untrennbar verschmolzen sind. Stirbt die jüdische Nation, dann gibt es keine jüdische Religion und hört die jüdische Religion auf, dann existieren keine jüdischen Menschen mehr. Eins ist auf das andere angewiesen. Glaubt nun aber ein jüdischer Mensch, auf beide verzichten zu können, so folgt automatisch die Strafe auf dieses Volksverbrechen, er wird halthos und verliert sein eigenes Ich, sein Gesicht, er setzt eine fremde Maske auf und wird zum Spuk und Abschaum unter den Völkern. Solche Menschen erzeugen die Judenfrage und bilden einen steten Alpdruck der Völker.

Daß solche Menschen leider in einer größeren Anzahl vorhanden sind — und wir sind die letzten, die es bestreiten wollen — führt zu einer Untersuchung, die nunmehr zur Beantwortung der dritten an uns gestellten Frage hinüberleitet. Es ist eine unbestreitbare Tatsache der Völkergeschichte, daß Rom vor zweitausend Jahren seine traurige Arbeit nur halb getan hatte und der Nachwelt ein grausiges Erbe hinterließ. Hätte Rom die Juden so vernichtet, wie es die Karthager ausgerottet hatte, es gäbe heute keine Judenfrage und keine Judensorgen. Da dies Rom aus gewissen Gründen und Umständen nicht möglich war, so mußten die Völker nach Roms Untergang diese Aufgabe bewältigen, nämlich eine Lösung für die Juden finden. Es ist fast ein Treppenwitz der Weltgeschichte, daß, während die Juden unentwegt den einzigen natürlichen Weg, nämlich die Rückführung und Wiederseßhaftmachung im nationalen Lande wiesen, zumal das alte Rom nicht mehr im Wege stand, die Menschheit mit stümperhaften und untauglichen Mitteln, die keineswegs ein Ruhmesblatt in der Geschichte der Nationen bilden, versuchte, die Judenfrage zu lösen. Pogrome, Ghetto, Taufe, Mischehe, Emanzipation, Scheiterhaufen und Assimilation waren die Mittel zur Lösung. Aber sie halfen nicht im geringsten. Nur noch größer und gefährlicher wurde die Judennot und machtloser die Völkerwelt.

Ja, da war es kein Wunder, wenn in einigen Teilen des jüdischen Volkes, welches seit fast 2000 Jahren vergeblich nach seiner Heimat schrie und flehte, denn mehr konnte es in seiner Ohnmacht nicht tun, da war es, Völker der Erde, kein Wunder, daß gewisse jüdische Menschen irre wurden an Gott, Menschheit und Weltordnung und sich in krankhaftem irren Götzenwahn vor die Menschheit stellten, die Kronjuwelen der Tora nachfälschten und vorgaben, der Menschheit eine funkelnagelneue Weltanschauung zu bringen und das Menschenglück gefunden zu haben. So wurden sie zu Irrlehrern und Demagogen, und brachten Schande und Schmach über ein ganzes unschuldiges Volk, das ja keine Mittel besaß, solche Volksverräter und Volksschänder vor seinen Richterstuhl zu ziehen!!! So ist durch die Ohnmacht des jüdischen Volkes und die grenzenlose Blindheit der Nation eine Volkstragödie entstanden, welche lähmend auf den anderen Nationen ruht.

Daher gibt es nur einen Rettungsweg für die Juden und nur eine Lösung für die Völker — dem uralten Kulturvolke der Juden sein Heimatland zurückzugeben. Völker der Erde, helft uns den Weg freimachen, es ist euer ureigenstes Interesse, eure heiligste sittliche Pflicht, laßt nicht zu, daß das winzige Stückchen Palästinaerde in Atome gespalten wird!!!! Greift in die Speichen unseres Rades, ziehen wollen wir selbst. Wir selbst, ganz allein, wollen mit unserem Schweiße den uralten Väterboden erlösen, wir ganz allein mit jüdischem Blut ihn verteidigen, jüdische Legion, jüdische Polizei, eigene Marine aufstellen, unsere Tora als nationales Gesetzbuch wieder proklamieren, wollen alle jüdischen Volksschädlinge vor den Richterstuhl der National bringen! Wir erklären, daß wir keine Mission treiben, sondern daß jüdische prophetische Ideen nur von uns ganz allein im jüdischen Volkskörper auf jüdischem Volksboden allen Völkern der Erde vorgelebt werden sollen. Wir verlangen das ganze Palästina, wie es zur Zeit des Königs David war, keinen Fußbreit mehr oder weniger. Wir wollen dann in friedlichem Wettbewerb unsere Kulturgüter, Wirtschaftserzeugnisse und Erfahrungen austauschen und mithelfen, statt der Kriege einen freien Bund arteigener völkischer Nationen der Erde zusammenführen zu helfen, welche auf unserem, allen Völkern heiligen Boden alle Aufgaben des Völkerlebens in Achtung, Ehre und gegenseitigem Verständnis lösen. Dies allein ist der Sinn unserer Propheten, wenn sie von Frieden und Völkerbund sprachen. Unsere Universitäten, Hochschulen, Einrichtungen, unsere Tora stehen allen Völkern offen. Jedes Auge hat freien Einblick in unser Tun und Handeln.

Als eine freie, geachtete und friedliche Nation auf eigenem Boden wollen wir das Erbe unserer Väter verwalten und fortführen, wollen bauen und pflanzen, säen und ernten, forschen und finden, um den uns vom Schicksal vorgeschriebenen Tribut zur geistigen und sittlichen Weiterentwicklung der Menschheit zu zollen. Das ist unsere Erlösung und das ist eure Lösung der Judenfragen. Der Spuk wird verschwinden, der Alpdruck fort sein.